

9. Dezember

9/2020

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Regierungserklärung +++ Dringlichkeitssitzung zu Corona-Beschlüssen +++ Neue Schulden wegen Corona +++ Mehr Augenmerk beim Denkmalschutz +++ Schulbus nicht generell kostenlos +++ Bodenmarkt besser schützen +++ Ortsumgehung Waren +++ Neuer Innenminister +++ Das Schloss vor 30 Jahren – Friedhelm Maier +++



Titelfoto: Stefan Janssen

3	Gastkommentar AUS DEM PLENUM	Michael Seidel: „Mehr Parlamentsbeteiligung?“
4	Aktuelle Stunde	„Impfen schützt, Impfen rettet Leben“ auf Antrag der CDU-Fraktion
5 – 11	Auszüge aus der Original-Debatte	Daniel Peters (CDU), Gesundheitsminister Harry Glawe (CDU), Dr. Gunter Jess (AfD), Julian Barlen (SPD), Torsten Koplín (DIE LINKE)
12	Regierungserklärung	Erläuterungen zum Corona-bedingten Teil-Lockdown
13 – 19	Auszüge aus der Original-Debatte	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), Torsten Renz (CDU), Nikolaus Kramer (AfD), Thomas Krüger (SPD), Jochen Schulte (SPD), Simone Oldenburg (DIE LINKE),
20 – 26	Berichte	Dringlichkeitssitzung zu Corona-Beschlüssen Neue Schulden wegen Corona – Nachtragshaushalt Mehr Augenmerk beim Denkmalschutz Agroforst soll größere Rolle spielen (K)ein Land zum Darben – wirtschaftliche Entwicklung in MV
27 – 29	Meldungen	Neuer Medienstaatsvertrag   Personalwechsel in der PKK   Schulbus nicht generell kostenlos   Kein landesweiter Personalschlüssel für Kitas   Ein Landesbeauftragter für die Polizei   Zuschüsse zum Altschulden-Abbau   Bodenmarkt besser schützen   Mehr elektronische Verwaltung
30 – 31	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
32 – 34	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	NSU und Verfassungsschutz Öffentliche Anhörung – Enquete Kommission Ortsumgehung Waren – Petitionsausschuss Agrarpolitik 2021 - 2027
35	Neuer Minister	Minister für Inneres und Europa vereidigt
36 – 37	Das Schloss vor 30 Jahren	Der Eid, der nie geleistet wurde
38 – 39	PANORAMA Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:

**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Anna-Maria Leistner

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 20. November 2020

## Mehr Parlamentsbeteiligung?

■ Auf Dauer dürfen wesentliche politische Richtungsentscheidungen nicht von der Exekutive allein getroffen werden. Selbst wenn der gesetzliche Rahmen es hergibt. Spätestens, wenn es um die Einschränkung von Grundrechten geht, gehört die politische Willensbildung wieder in den Schoß des Gesetzgebers, also des Parlaments. So weit, so gut.

Denn andererseits kann nicht jede akute Entscheidung, die in einer Krise erforderlich ist, ewig in Gremien so lange debattiert werden, bis der kleinste gemeinsame Nenner gefunden ist. Wenn sich bei wichtigen Entscheidungen nur jene die Regierung tragenden Fraktionen einbezogen fühlen können, die Opposition dagegen gnädig am „Katzentisch“ teilnehmen darf, sind Sonntagsreden über mehr Parlamentsbeteiligung wohlfeil.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse sagte jüngst, das Parlament müsse seine Beteiligung nicht von irgendwem einfordern, sondern sei Herr des Verfahrens. Wohl wahr. Dann aber ist unverständlich, warum ein Parlamentsbeteiligungsgesetz, das die linke Opposition im April im Landtag beantragt hatte, zunächst in den Orkus wanderte. Und dass, obwohl jeder Aufgeweckte mindestens ahnen konnte, dass der Herbst nichts Gutes in Bezug aufs Infektionsgeschehen bringen würde und dennoch ein ganzer Sommer ins Land ging ohne ernsthafte politische Aktivitäten zur Vorbereitung auf diese „zweite Welle“. Es hätte ja nicht der Linken-Gesetzentwurf sein müssen, aber überhaupt ein parlamentarischer Impuls, um den „schlimmsten Fall“ vernünftig vorzubereiten.

Erst unter dem öffentlichen Druck von Verbänden, Kammern und Interessensgruppen, aber auch dem auf Straßen und Plätzen artikulierten Unmut so genannter Querdenker, erfolgte nun im Herbst eine Präzisierung der Parlaments-



Michael Seidel, Chefredakteur Medienhaus Nord (Schweriner Volkszeitung, Norddeutsche Neueste Nachrichten, Der Prignitzer) Foto: Ekki Raff

beteiligung im „Schweinsgalopp“ – auf Bundesebene mit der Novelle des Infektionsschutzgesetzes, im Land in Form des Haushaltsbegleitgesetzes. Den Abgeordneten, der er es schaffte, alle Unterlagen und Anträge dazu wenigstens zu lesen, geschweige zu beurteilen, würde man/ich gerne kennenlernen.

Eine andere Wahrheit ist, dass viele Parlamentarier doch recht froh zu sein scheinen, dass die Exekutive das unpopuläre Geschäft der Einschränkung bürgerlicher wie auch unternehmerischer Freiheiten erledigt. Zumindest kamen die lautesten Forderungen nach mehr Parlamentsbeteiligung zunächst von der Straße, nicht von den Abgeordnetenbänken. Das heißt nicht, dass die gewählten Volksvertreter nichts getan hätten: Da war durchaus viel Lametta: Abgesehen von zwei Regierungserklärungen seit März, drei Aktuellen Stunden und einer Unterrichtung durch die Regierung debattierte der Landtag 29 Corona-Anträge – zu meist spezifische Forderungen zu Einzelaspekten, Abgeordnete stellten 102 Kleine Anfragen zu Corona-Themen an die Regierung und Ressortvertreter mussten sich 20 Befragungen im Plenum stellen. Und mindestens 28 Mal berieten Ausschüsse Corona-Themen. Das ist nicht wenig, wenn man die parlamentarische Sommerpause einrechnet. Aber die meisten dieser Aktivitäten bezogen sich auf bereits getroffene Entscheidungen der Regierung. Das Initiativrecht des Parlaments war kaum zu erleben. Nicht einmal die Regierungserklärungen waren vom Parlament eingefordert, sondern im Grunde auf Initiative der Staatskanzlei auf die Tagesordnung gekommen.

Wenn also das Parlament dem Eindruck begegnen will, von den Ereignissen und der Entscheidungsgeschwindigkeit der Exekutive getrieben zu sein, müssten die Fraktionen, aber auch das Präsidium, das Heft des Handelns sichtbar in die Hand nehmen. Wenn es dies für erforderlich hält, wohlgerne. Nicht um nur den Effekt zu haschen. Die Menschen außerhalb des Schlosses durchschauen, was ein Potemkinsches Dorf ist und was authentisch.

Es spricht ja auch nichts dagegen, eine Regierung, die in der Pandemiesituation im Großen und Ganzen vernünftig und angemessen handelt, die Landesinteressen gegenüber dem Bund wie anderen Bundesländern mit Nachdruck vertritt, sogar selbstbewusst eigene Akzente setzt, „nur“ konstruktiv kritisch zu begleiten. Abgesehen davon, dass die Pandemie uns allen noch diverse Kapriolen bescheren könnte, reicht die Frage nach dem Selbstverständnis des Parlaments aber weit über sie hinaus: Auch vor Corona gab es höchst diskutabile Regierungsentscheidungen, die weit mehr kritisches Nachfragen erfordert hätten, als es die Parlamentarier in ihrer Breite taten. Ob Neuausrichtung der Sondermülldeponie Ihlenberg, die Konflikte um die Universitätsmedizin Rostock – oder mittlerweile auch Greifswald –, Digitalisierung und Breitbandausbau oder die Themen der Inneren Sicherheit. Oft blieb es den Fachpolitikern überlassen, Stellung zu nehmen, obwohl die Themen Aspekte von grundsätzlicher Dimension hatten, die einer Generaldebatte bedurft hätten, die jedoch wenigstens ein Generalverständnis erfordert hätten, um knifflige Punkte zu erkennen, hartnäckig nachzuhaken und gegebenenfalls der Exekutive in den Arm zu fallen und ihren Entscheidungen eine andere Richtung zu geben.

Mit Blick auf den nicht mehr fernen Wahlkampf zur Landtagswahl 2021 möchte man den Parlamentariern zurufen: Emanzipiert Euch! Nehmt das Heft des Handelns in die Hand und gebt der Exekutive ihren Handlungsrahmen vor. Sonst dürft Ihr Euch nicht beklagen, wenn die Exekutive ihren Rahmen selbst definiert.

Michael Seidel



Foto: Uwe Sinnecker

## Von Polio für Corona lernen

CDU stößt in Aktueller Stunde neue Diskussion um Impfbereitschaft an

■ Poliomyelitis. In Deutschland ist es heutzutage nahezu unwahrscheinlich, daran zu erkranken. Bis in die 1960er-Jahre sah das ganz anders aus: Damals war Kinderlähmung eine gefürchtete Krankheit. Dann entwickelte der amerikanische Arzt Jonas Edward Salk den ersten Impfstoff dagegen. Ihm zu Ehren rief die Weltgesundheitsorganisation 1988 den Welt-Polio-Tag ins Leben. In diesem Jahr fiel er auf den ersten Tag der Oktobersitzungswoche und wurde von der CDU in den Fokus der Aktuellen Stunde gestellt. Unter der Prämisse „Impfen schützt, Impfen rettet Leben“ spannte sie den Bogen zu Corona.

Manch einer werde sich vielleicht fragen, ob es in Zeiten wie diesen kein entscheidenderes Thema gegeben hätte, als eine in Deutschland ausgestorbene Krankheit, stellte **Daniel Peters** (CDU) zu Beginn seiner Rede in den Raum. Seine Antwort: Die Botschaft dahinter könne aktueller nicht sein! „Impfgegner haben dieser Tage im Zuge kruder Verschwörungstheorien wieder Hochkonjunktur.“ Ihnen müsse man mit Fakten entgegengetreten. Die vorwiegend im Kindesalter

hervorgerufene Infektionskrankheit sei dafür ein gutes Beispiel. Aufgrund der Impfungen habe es in Deutschland seit 1990 keinen Polio-Fall mehr gegeben. Er sei überzeugt, dass es in einigen Jahren auch einen Welt-Corona-Tag geben werde. „Dann werden wir auf das Corona-Virus schauen, wie wir heute auf die Polio-Erkrankung blicken.“

Gesundheitsminister **Harry Glawe** betonte, dass Kinderlähmung inzwischen auf fünf Kontinenten keine Rolle mehr spiele. Deshalb sei es richtig, heute, am Welt-Polio-Tag, an die Leistung des Wissenschaftlers zu erinnern. Und deutlich zu machen, dass Impfungen und die Entwicklung von Impfstoffen viel Leid ersparen können. Er hoffe, dass dies auch im Falle von Corona zügig so sein werde. Einen klaren Appell richtete er in Sachen Gripeschutz an die Bevölkerung: „Lassen Sie sich impfen!“

„Ja, das Impfen ist eine große Errungenschaft der Medizin“, sagte **Dr. Gunter Jess** (AfD). Aber: Es berge auch Risiken. Sie zu verharmlosen wäre ebenso falsch, wie Erfolge kleinzureden. In jedem Falle müsse es immer eine freiwillige Entscheidung bleiben. „Impfzwang ist in demokratischen Ländern keine gute Option.“ Er plädierte für eine offene Debatte über Chancen, Risiken und ethische Komponenten. „Ich möchte aber davor warnen, das Impfen als politischen Kampfplatz zu betrachten. Überlassen Sie das den Fachleuten!“

**Julian Barlen** (SPD) machte darauf aufmerksam, dass es in vielen Ländern der Erde nicht selbstverständlich sei, von Geburt an einen Impffahrplan zu haben, der vor schweren Krankheiten schütze. „Aufgrund der Corona-Pandemie und aller Ressourcen, die sich auf die Bekämpfung des Virus konzentrieren, werden vermutlich in diesem Jahr weltweit rund 80 Millionen Babys keine Impfung gegen Polio erhalten.“ Wie sehr ein fehlender Impfschutz nicht nur die individuelle Gesundheit, sondern auch die Produktivität und den Wohlstand einer gesamten Gesellschaft beeinflussen kann, habe der Lockdown gezeigt.

Nach Ansicht von **Holger Arppe** (fraktionslos) herrsche zum Thema Impfen ein „Meinungsabsolutismus“, der Kritiker einer Impfpflicht diffamiere und kriminalisiere. „Das kann in einer pluralistischen Demokratie doch nicht der richtige Weg sein.“ Impfskepsis sei auch immer Ausdruck von Staatskepsis.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) nannte es originell, sich über den Welt-Polio-Tag mit dem Thema Impfen auseinanderzusetzen und unterbreitete sechs Vorschläge, um den Gesundheitsschutz in diesem Zusammenhang zu verbessern: mehr Prävention und Aufklärung, ein bundesweites Impfregister, ein Bonussystem für Impfungen, einen jährlichen Impfgipfel für MV, eine staatliche Beteiligung an Impfstoffherstellern sowie Impfbote als Bestandteil von Entwicklungshilfe zu betrachten.

Daniel Peters, CDU:

## „Impfen rettet Leben!“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] heute ist [...] Weltpolio-  
tag [...].

Impfgegner haben dieser Tage im Zuge kruder Verschwö-  
rungstheorien [...] wieder Hochkonjunktur. Und diesen  
Gegnern muss deutlich anhand von [...] Wissenschaft ent-  
gegengetreten werden. [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und Christel Weißig, fraktionslos)*

[...] 1952 gab es einen Polioausbruch in Deutschland. [...] 9.500 Gelähmte [...] und 745 Tote. [...]. [...], Seit den 50er-  
Jahren sind Impfstoffe gegen Polio verfügbar. Und deren  
Weiterentwicklung und die dann beginnende konsequente  
Impfung führten [...] zur [...] Ausrottung dieser Infektions-  
krankheit. [...] Und heute hat der US-Bakteriologe Jonas Salk  
Geburtstag. Das war derjenige, [...] der den ersten wirk-  
samen Impfstoff entwickelt hat. [...].

[...] Auf Initiative der CDU-Fraktion ist hier Ende November  
2017 ein fraktionsübergreifender Antrag für eine Impfkam-  
pagne gestartet worden. [...] Folge ist, dass bemerkens-  
werte Durchimpfungsraten in Mecklenburg-Vorpommern  
feststellbar sind. [...].

Mittlerweile gehört Mecklenburg-Vorpommern zur [...] Bundesspitze beim Thema Impfen. Die hohe Durchimp-  
fungsraten und die sogenannte Kreuzimmunität könnten  
eine Ursache sein für den bis dato [...] milden Verlauf der  
Corona-Pandemie in Mecklenburg-Vorpommern. [...]. Ergo:  
Wir [...] sind weiterhin gut beraten, das Thema Impfen [...] im Blick zu haben [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –  
Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)*

Es gibt aber durchaus auch Grund zur Sorge. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

Richtig ist, Impfen betrifft den Schutz des Einzelnen. Und wenn wir über die körperliche Unversehrtheit reden, dann [...] gibt es ja ausgeklügelte Testreihen auch für zukünftige Impfstoffe [...]; negativen Auswirkungen auf die körperliche Unversehrtheit [...] werden [...] wissenschaftlich exakt mi-  
nimiert.

Impfen betrifft aber [...] auch den Schutz aller. Denn da-  
durch, dass so viele Menschen sich haben impfen lassen,  
ist es ja auch gelungen, diejenigen vor einer Krankheit zu  
bewahren, die sich nicht haben impfen lassen. [...] Wer  
sich nicht impfen lässt, nimmt die Infektion anderer [...] in  
Kauf [...]. Und wenn ich manches Infektionsschutzverhalten  
Einzelner beobachte, dann muss ich schon sagen, ist das  
durchaus zweifelhaft [...]. Und auch die Debatten, wie wir  
sie aktuell über das Impfen im Zusammenhang mit dem  
Corona-Virus reden, die sind [...] abenteuerlich. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Julian Barlen, SPD)*

[...] Auch die parteipolitische Landschaft ist nicht ganz frei  
von Skepsis gegenüber dem Thema [...]. Dass die GRÜNEN  
so ihre Probleme damit haben, ist ja bekannt. [...] Sie kennen  
vielleicht noch die Debatte um den Bundesparteitag 2019,  
den sogenannten Globuli-Gau, wo die Bundesspitze mit  
Mühe und Not verhindern konnte, dass man mehr Vertrau-  
en in Hokuspokusmedizin, Homöopathie und Masernpartys  
hat als Vertrauen in eine [...] Impfpflicht.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Die GRÜNEN sind nicht im Landtag [...] und beim The-  
ma Impfen vermisste ich sie auch nicht.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Mit Schwarz-Grün  
wirds schon mal nischt.)*

[...] Meine Damen und Herren von den LINKEN. Ich weiß, Sie  
sind für eine Impfpflicht, aber wenn ich mir so die Beschluss-  
lage am 26. Mai 2019 des Bundesvorstandes ansehe, muss  
man schon so ein bisschen Zweifel haben, denn dort haben  
Sie auch davon gesprochen, dass sich eine Pharnalobby da-  
ran bereichern könnte [...].

*(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das ist auch richtig. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

Da kann ich nur sagen, die ideologische Abneigung gegen-  
über Konzernen [...] darf nicht dazu führen,

*(Unruhe bei Julian Barlen, SPD,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)*

die Bedeutung des [...] Impfen[s] zu untergraben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion  
der CDU)*

Ich gebe ja zu, dass Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern [...] konstruktiver sind, aber vielleicht können Sie ja da [...] auf Ihre Co-Bundesvorsitzenden [...] einwirken.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion  
DIE LINKE)*

In ein stärkeres impfskeptisches Horn stößt auch die AfD-Fraktion. Auch hier werden Befürchtungen gegen eine Pharmedienlobby gestreut. [...] Verharmlosungen [...] machen etwas mit dem Einzelnen, der sich aus unbegründeter Angst nicht impfen lässt [...]. Weder sind wir Opfer einer international operierenden Weltimpflobby um Bill Gates und Co, noch erreichen wir die wichtige Herdenimmunität mit Homöopathie, Globuli und Stuhlkreisen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion  
der CDU)*

[...] Impfen rettet Leben! Diese Erkenntnis [...] wird [...] am Weltpoliotag [...] ganz besonders greifbar. Die flächendeckende Verfügbarkeit eines Impfstoffes war in den 50er-Jahren gleichbedeutend mit dem Ende einer Infektionskrankheit [...]. Die aktuell gute Durchimpfungsrate [...] zeigt, dass viele Menschen hinreichend sensibilisiert zu sein scheinen, dennoch, wir müssen permanent das Thema Impfen [...] thematisieren. [...]

Ich bin überzeugt, so, wie es heute einen Weltpoliotag gibt, wird es in einigen Jahren auch einen Welt-Corona-Tag geben. Dann werden wir auf das Corona-Virus schauen, wie wir heute auf die Polioerkrankung blicken. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir dieses Ziel nur dann erreichen, wenn wir verantwortungsvolle Debatten führen. [...] Und diese Debattenkultur sollten wir beispielgebend in die gesamte Bundesrepublik tragen. [...]

Dass unsere Kinder gegen gefährliche Kinderkrankheiten heutzutage gut geschützt sind, das verdanken wir der Erfolgsgeschichte des Impfens, [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

Minister Harry Glawe:

„Heute ist der Tag, daran zu erinnern, was dieser Bakteriologe geleistet hat“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] es ist eine wissenschaftlich hohe Leistung gewesen, dass gerade die Kinderlähmung (Poliomyelitis) in den 50er-Jahren, 60er-Jahren bis heute weitestgehend zurückgedrängt werden konnte und auf fünf Kontinenten weitestgehend keine Rolle mehr spielt. [...]

Es geht darum, die flächendeckende Impfung aller Kinder im ersten Lebensjahr im Rahmen nationaler Impfprogramme auf den Weg zu bringen. Dazu hat sich Deutschland entschlossen, [...].

[...] heute ist der Tag, daran zu erinnern, was dieser Bakteriologe geleistet hat. Andererseits geht es [...] darum, die Durchimpfungsrate aller in Deutschland lebenden Menschen zu erreichen, und wir wissen, dass wir bei den Masern eine Debatte geführt haben und weiter führen. Kollege Peters hat das angeführt und angemerkt, nicht alle im politischen Raum agierenden Parteien sind der Meinung, dass das ein richtiger und wichtiger Weg ist. Die GRÜNEN sperren sich völlig dagegen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, die GRÜNEN würden in dem Moment, wenn die Durchimpfungsrate bei Masern unter 90 Prozent fällt, plötzlich auch feststellen, dass auch das eine schwere Infektionskrankheit ist, die am Ende auch zu Schäden bei Kindern führen kann. Und dadurch, dass die hohe Durchimpfungsrate zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 95 Prozent erreicht ist, kann man alle anderen damit auch schützen.

Aber es ist eine ständige Frage, wie man also auch die Öffentlichkeit aufklärt, und da bin ich dem Landesamt für Gesundheit, aber auch den Gesundheitsämtern und vielen, die im Ehrenamt tätig sind, natürlich dankbar, dass die Werbungen da laufen. [...]

Und ich will noch mal sagen zur Gripeschutzimpfung: Wir haben 450.000 Gripeschutzimpfungen zur Verfügung. Das ist ein Drittel mehr als im letzten Jahr. [...]

Meine Damen und Herren, es geht weiter darum, dass das öffentliche Leben stattfinden kann und dass wir natürlich damit rechnen müssen in der kühlen Jahreszeit, dass auch Covid-19 zunimmt. [...]

Wo sind die häufigsten Infektionen im Bereich Corona? Neuinfektionen in privaten Haushalten 29 Prozent, Freizeitaktivitäten tragen 18 Prozent dazu bei, und 16 Prozent Infektionen finden am Arbeitsplatz statt. Von daher bleibt es eine entscheidende Aufgabe, die Nachverfolgung sicherzustellen, die Gesundheitsämter zu stärken und neues Personal einzustellen. [...] Und ich bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass er in dieser Frage auch Vorfinanzierungen zugesagt hat, die am Ende dann durch den Bund ja im nächsten und übernächsten Jahr finanziell ausgeglichen werden.

Von daher will ich Sie nur ermuntern: Lassen Sie sich impfen! Gripeschutzimpfung ist wichtig, und heute ist eben der Weltpoliotag. Und es ist gut, dass das Parlament sich heute mit den Wissenschaftlern und mit dem Bakteriologen dann auch auseinandergesetzt hat, der diese große Leistung vollbracht hat, Kindern eine Kinderlähmung zu ersparen. – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, SPD und Simone Oldenburg, DIE LINKE)*



Christel Weißig (l., fraktionslos) sowie Abgeordnete der Fraktionen CDU und AfD.

Dr. Gunter Jess, AfD:

„Impfzwang ist in demokratischen Ländern keine gute Option.“



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Liebe Landsleute und sehr verehrte Gäste! [...]

Ich möchte [...] drei Kernpunkte meiner früheren Reden [...] herausgreifen. [...]

Zum Ersten, Impfen birgt Chancen und Risiken: Ja, das Impfen ist eine große Errungenschaft der Medizin. [...] Die Art und Qualität des Impfstoffs ist entscheidend, ob eine gute Immunisierung erreicht wird und ob die Nebenwirkungen vernachlässigt werden können. [...] Die Geschichte des Impfens ist einerseits mit großen Erfolgen verbunden, andererseits [...] auch mit Misserfolgen und Schäden für gesunde Menschen. Jeder Eingriff in das biologische System Mensch birgt Chancen und Risiken.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Ein Kleinreden der Erfolge ist ebenso falsch wie eine Verharmlosung der Risiken. [...] All jenen, die sich für [...] Voruntersuchungen als Testpersonen zur Verfügung stellen, müssen wir im Grunde sehr dankbar sein, [...]

*(Beifall Horst Förster, AfD)*

Das Impfwesen ist in Deutschland [...] durchorganisiert. [...]. Das RKI führt [...] Statistiken über Impfkomplicationen und Impfschäden. Das zeigt, dass Impfsicherheit [...] in Deutschland einen breiten Raum einnimmt. Wir sollten uns aber [...] davor hüten, in Hybris und Allmachtsfantasien zu verfallen und zu glauben, [...] durch Impfen sämtliche Infektionskrankheiten der Welt beseitigen zu können. [...]

Zum zweiten Punkt: Impfzwang ist in demokratischen Ländern keine gute Option. Weil das Impfen auch Risiken bein-

haltet, einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und die Unversehrtheit des Körpers des Einzelnen darstellt, muss aus unserer Sicht das Impfen eine freiwillige Entscheidung jedes Einzelnen bleiben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

[...] Die Einsicht in eine sinnvolle Impfung fällt [...] dann leicht, wenn die drohende Erkrankung als so schwerwiegend und [...] schädlich erkannt wird, dass gegebenenfalls Impfrisiken in Kauf genommen werden. [...] Es gibt einen weiteren Vorteil der Freiwilligkeit: Er fordert das Gesundheitswesen und mithin die Ärzte heraus, eine gute Aufklärung über die Sinnhaftigkeit des Impfens zu machen. Dadurch entsteht auch eine Kontrolle der Bevölkerung über das Impfausmaß. [...]

Kommen wir zum dritten Punkt, über neuere Entwicklungen wie Vektorimpfstoffe. [...] Seit der Entwicklung der Gentechnik werden ganz neue Impftechniken gedacht und angewendet, die vielen Menschen ein gewisses Unbehagen bereiten. [...] Wenn man das diskriminiert und herabwürdigt, empfinde ich das als nicht besonders vernünftig.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

So sind zum Beispiel Vektorimpfstoffe in der Entwicklung, [...] die Teile pathogener Viren, vermittelt über für den Menschen unschädliche Transportviren, in die menschliche Zelle bringen. Die [...] wird durch das Virusgen umprogrammiert und produziert nun Teile des pathogenen Virus, [...] worauf wiederum das Immunsystem des menschlichen Wirts reagieren und es vernichten soll. [...]

In allen [...] Varianten genetisch determinierter Impfstoffe bleiben [...] viele Fragen offen; zum Beispiel: Wie werden die Virusgene in die menschliche Zelle eingebracht? [...]. Welche Risiken gibt es hinsichtlich Autoimmunität, Allergienentwicklung und Tumorausbildung und vieles mehr? [...]

*(Minister Harry Glawe: Ja, das  
ist aber wissenschaftliche Aufgabe,  
Herr Dr. Jess, das wissen Sie ganz genau!)*

Insofern plädiere ich auch heute wiederum für eine offene Debatte über die Chancen und Risiken und die ethischen Komponenten dieser neueren Impfstoffentwicklungen. Diese Debatte kann aber nur unter Beteiligung vielfältiger Fachdisziplinen gelingen. Im Rahmen dieses Parlamentes ist dies eher nicht möglich. [...] Überlassen Sie das Thema den Fachleuten! – Danke schön!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*



Foto: Uwe Sinnecker

Abgeordneter Dr. Gunter Jess (AfD) bei seiner Rede vor dem Plenum.



Julian Barlen, SPD:

„Das führt uns doch vor Augen, wie wichtig die öffentliche Gesundheit ist, wie wichtig das Impfen ist.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Die Vorredner haben es gesagt, „Happy birthday!“ Jonas Salk, dem Erfinder der Polio-Impfung, der heute seinen 106. gefeiert hätte. Ihm zu Ehren hat die Weltgesundheitsorganisation diesen Gedenktag eingeführt, um jedes Jahr an das klare Ziel zu erinnern, das wir gemeinsam verfolgen, die Ausrottung dieser vor allem [...] im Kindesalter beobachteten Infektionskrankheit, die, wenn sie nicht verhindert wird, bleibende Lähmungen hervorrufen kann, die auch Jahre nach einer Infektion immer wieder auftreten kann, die tödlich verläuft, wenn die Atemwege, die Atemmuskulatur insbesondere betroffen ist.

Und dass wir dieses Ziel einer weltweiten Ausrottung nicht aus den Augen verlieren dürfen, auch [...] wenn es einen Impfstoff gibt, dass man da weiter aufmerksam sein muss, dass man vor allen Dingen auch weiter impfen muss [...], das zeigen die aktuellen Zahlen. Vor allen Dingen die Länder Afghanistan und Pakistan, vor allen Dingen auch der Jemen, Sudan, Südsudan sind derzeit, was Polio angeht, im Blickfeld, weil dort die Krankheitsfälle [...] leider, leider wieder zunehmen.

Und da muss man sich einfach mal klarmachen, es sind Menschen wie Jonas Salk und alle, die sich danach auch für die Verbreitung und für die Anwendung dieses Impfstoffes eingesetzt haben, denen wir zu verdanken haben, dass wir heute nicht über einen möglicherweise bevorstehenden Lockdown aufgrund einer Polio-Pandemie sprechen. Das müssen wir uns wirklich vor Augen halten. Man nimmt solche positiven Entwicklungen irgendwann als normal hin, aber es sind genau diese Möglichkeiten, die uns in die Lage versetzen, Pandemien mit ganz anderen Infektionskrankheiten zu verhindern, und dementsprechend sollte das

Anreiz sein, auch nicht nur die Hygiene, sondern auch das Impfen hier in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen.

Der letzte größere Polio-Ausbruch in Deutschland ist lange, lange her, [...] Anfang der 50er-Jahre, mit rund 10.000 Gelähmten, 750 Todesopfern. Und dann kam der Impfstoff, 1960 in der DDR, 1962 auch in der BRD, und in der direkten Folge der dann wirklich einsetzenden stringenten Anwendung des Impfstoffes gilt Polio seit 1990 in Deutschland und seit 2002 in Europa als ausgerottet. Weltweit betrifft das zwei von drei Virusstämmen.

Und trotzdem ist es so, dass die Infektionszahlen wieder steigen. Und deshalb ist es auch richtig, auch, wenn wir im Augenblick über die Bekämpfung von Corona in all seinen Dimensionen sprechen, dass wir das in Erinnerung rufen, dass es Impfszenarien sind, dass es Impfstoffforschung ist, dass es die Anwendung sicherer Impfstoffe ist, dass es die persönliche und auch die gesellschaftliche Hygiene ist, die es verhindert, dass Viren zu solchen pandemischen Situationen führen, wie wir sie mit Corona im Augenblick erleben.

Laut Gesundheitsberichterstattung des Bundes ist die Impfquote der Kinder mit vorgelegtem Impfausweis bei der Einschulungsuntersuchung seit 2014 bundesweit [...] wieder leicht sinkend. In Mecklenburg-Vorpommern ist es aber so, dass die Impfquote nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist, [...] rund um die 96 Prozent. [...] das ist ein sagenhaft guter Wert. Und wir müssen aber vor allen Dingen auch uns vor Augen halten, dass das kein Selbstläufer ist, sondern dass man sich da immer für einsetzen muss, dass man das Bewusstsein immer hochhalten muss, dass das nur funktioniert, wenn alle den Wert einer Impfung auch anerkennen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, und den gibt es nämlich tatsächlich, vermuten einige Wissenschaftler im Augenblick sogar – und den Jonas Edward Salk, [...] den würde das sicherlich [...] als Wissenschaftler elektrisieren –, dass es vielleicht auch die Polio-Impfung [...] sein könnte, dass es die TBC-Impfung sein könnte, die auch gegen Corona hilft. Die Idee ist, dass beispielsweise durch Polio-Impfstoff oder den genannten TBC-Impfstoff es eine allgemeine Immunantwort gibt, die derart gestärkt und aktiviert wird, sodass auch Corona-Virus deutlich geringere Chancen hat. [...] inwieweit das der Fall ist und inwieweit [...] das bedeuten würde, dass [...] Bevölkerungen, die einen hohen Impfstatus haben, eben weniger unter anderen Infektionskrankheiten wie [...] Corona zu leiden haben, das wird im Augenblick untersucht.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber meine kurze Rede hierzu auch nutzen, um auf ein wirklich trauriges Detail aufmerksam zu machen, was auch für uns hier wichtig ist. Aufgrund der Corona-Virus-Pandemie und aller Ressourcen, die sich auf diese Bekämpfung dieses Virus konzentrieren, werden vermutlich in diesem Jahr weltweit rund 80

Millionen Säuglinge/Babys [...] keine Impfung gegen Polio erhalten, und das ist natürlich eine auch skandalöse Situation. So sehr wir hier im Landtag [...] selbstverständlich für Mecklenburg-Vorpommern zuständig sind, so sehr darf uns dieser Umstand aber nicht unberührt lassen und so sehr müssen wir auch als Bundesrepublik Deutschland die Weltgesundheitsorganisation unterstützen, dass hier gegengesteuert wird und dass hier sehr wirksam geholfen wird [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Insgesamt ist es so, dass uns aber auch diese Zahl zeigt, dass es in bestimmten Ländern eben keine Selbstverständlichkeit ist, dass alle Menschen, wenn sie auf die Welt kommen, gleich einen Impffahrplan haben, [...] wie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern – auch [...] auf die Initiative meiner Fraktion eingeführt – sogar ein Erinnerungssystem in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern, den Jugendämtern gibt [...]. Das führt uns doch vor Augen, wie wichtig die öffentliche Gesundheit ist, wie wichtig das Impfen ist, und zwar für das individuelle Lebensglück, die individuelle Gesundheit, aber auch insgesamt, gerade, wenn wir mit Blick auf Lockdown und alle Maßnahmen schauen, für den Wohlstand und die Produktivität eines gesamten Staates, einer gesamten Gesellschaft, denn dieser Wohlstand, diese Produktivität wird am Ende auch durch den Impfstatus der Bevölkerung ganz maßgeblich beeinflusst.

[...] dieser Impfstatus ist kein Selbstläufer, der muss immer wieder hart erkämpft werden durch eine Informationskampagne und noch eine und noch eine und dann natürlich durch eine gute Umsetzung, und deshalb ist das Thema Impfen hier im Landtag auch tatsächlich nahezu durchgehend auf der Tagesordnung, und das ist genau richtig so. Wir haben [...] in Mecklenburg-Vorpommern einen ganz klaren Kurs, die öffentliche Gesundheit insgesamt und dadurch auch den Schutz der Risikogruppen auf allerhöchstem Niveau zu fahren, und das werden wir auch weiterhin so tun. In Mecklenburg-Vorpommern, kann man sagen, ist jeden Tag Impftag, auch am Weltpoliotag. – Herzlichen Dank!



Abgeordneter Julian Barlen (SPD) am Rednerpult.

Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Mecklenburg-Vorpommern sollte alljährlich einen Impfgipfel durchführen.“

Fotos: Uwe Sinnacker



[...] Im Ziel sind wir, denke ich, uns einig, [...] die Häufigkeit von Erkrankungen zu minimieren, Todesfälle [...] aufgrund von Infektionen nach Möglichkeit auszuschließen und insgesamt Erkrankungen zu vermeiden. Wir LINKEN [...] kommen hier ans Rednerpult und unterbreiten sechs Vorschläge, was anders und was besser gemacht werden kann, um die Diskussion auch zu bereichern.

Erstens sind wir der Meinung – das hat hier schon eine Rolle gespielt –, dass die Prävention, insbesondere die gesundheitliche Aufklärung intensiviert werden muss. [...]

Ein zweiter Punkt, den wir aufrufen wollen, ist, M-V sollte sich für ein bundesweites Impfregister einsetzen. Wenn man sich mal anschaut, wer sich mit Impfstatistiken und Angaben zu Impfungen oder Impflücken alles so beschäftigt, dann gibt es eine große Vielfalt. [...] Wichtig wäre, das zu bündeln auf bundesweiter Ebene, um auch valide Grundlagen, wissenschaftliche Grundlagen entsprechend zu haben, um zu analysieren und politisch zu gestalten. Mecklenburg-Vorpommern sollte sich also hier einbringen. Im Übrigen hätten wir bundesweit die Kinder- und Jugendärzte da an unserer Seite.

Drittens sollten wir uns einsetzen für die Einführung eines Bonussystems für Impfungen. [...] wir sollten diejenigen belohnen, die sich impfen lassen, weil, sie tun etwas für die eigene Gesundheit und für die Gemeinschaft und ersparen der Gemeinschaft Gesundheitsfolgekosten. Insofern kann der Bonus eingeordnet werden in die bestehenden Bonussysteme der Krankenkassen, die es gibt und auf vielfältige Weise zum Tragen kommen.

[...]



Aufgrund der Abstandsregelungen wird im Plenarsaal von der üblichen Sitzordnung abgewichen.

Viertens. Wir haben das beim letzten Mal hier schon gesagt, Mecklenburg-Vorpommern sollte alljährlich einen Impfgipfel durchführen, aus mehreren Gründen. [...] und es wäre gut, wenn alle relevanten Akteure diesbezüglich an einen Tisch kommen.

Fünftens. [...] Ich halte es für hoch problematisch, dass der Gesundheitsschutz der Bevölkerung alleinig in den Händen von Unternehmungen liegt, was diese Sache betrifft, die nach anderen wirtschaftlichen Mechanismen arbeiten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...] Und sechstens und letzter Punkt: Wir sind der festen Überzeugung, dass Impfangebote als Bestandteil der Entwicklungshilfe zu sehen sind. [...] Dass einige Länder das nicht alleine stemmen können, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, dass da Gesundheitssysteme nicht existent sind oder zusammengebrochen sind.

[...] Deutschland hat sich verpflichtet, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereitzustellen für Entwicklungshilfe, macht das aber kaum. [...] Auch dafür kann sich auf Bundesebene das Land Mecklenburg-Vorpommern starkmachen. Soweit unsere Vorschläge.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*



Nach jedem Redner wird das Pult desinfiziert.



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hielt am 29. Oktober eine Regierungserklärung vor dem Parlament.

Foto: Uwe Sinnecker

## Wellenbrecher in der Pandemie

Regierungserklärung und Debatte zu Corona-Regeln  
Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE unterstützen Teil-Lockdown  
AfD hält ihn für übertrieben

Weniger soziale Kontakte. Geschlossene Restaurants, Hotels und Freizeiteinrichtungen. Kein Vereinssport. Angesichts dramatisch steigender Infektionszahlen seien diese Maßnahmen unumgänglich, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. In ihrer zweiten Regierungserklärung zur Pandemie warb sie am 29. Oktober um Verständnis für den Teil-Lockdown im November, auf den sich

die Länder am Tag zuvor mit der Bundeskanzlerin verständigt hatten.

„Wir brauchen einen Wellenbrecher.“ Dem schlossen sich SPD, CDU und DIE LINKE an. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag forderten sie jedoch, die mit dem Bund vereinbarte Hilfe für Umsatzauffälle mit Landesmitteln von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen.

Die AfD lehnte die erneuten Einschränkungen als „blinden Aktionismus“ ab.

Ursprünglich sollte auch noch über einen Dringlichkeitsantrag der Linken beraten werden, den Landtag in die Entscheidungen über Corona-Maßnahmen mit einzubeziehen. Im Laufe der Debatte zog DIE LINKE die Vorlage jedoch zurück.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:  
 „Unser Ziel ist, dass wir eine akute nationale Gesundheitsnotlage verhindern wollen.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Die Corona-Lage hat sich in den letzten Tagen verschärft [...]. Die zweite Corona-Welle erwischt Europa, Deutschland und auch Mecklenburg-Vorpommern mit voller Wucht. Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, brauchen wir jetzt eine nationale Kraftanstrengung. [...]

Unser Ziel ist, dass wir eine akute nationale Gesundheitsnotlage verhindern wollen. Wir brauchen einen Wellenbrecher. Wir müssen den Monat November zum Wellenbrecher der Corona-Welle machen. Es muss uns gelingen, durch Reduzierung von Kontakten die Welle im November zu brechen, damit wir eine gute Aussicht auf den so wichtigen Weihnachtsmonat Dezember haben. Wir wollen nicht, dass sich Weihnachten das wiederholt, was wir alle Ostern erlebt haben, dass wir nicht unsere Eltern besucht haben zu Ostern, dass keine Gäste kommen konnten, dass es keine Gottesdienste gab. Wir wollen, dass das Weihnachtsfest ein Fest der Familie wird, dass die Menschen in den Gottesdienst gehen können und dass sie auch ihre Weihnachtseinkäufe vor Ort erledigen können, dass sie Gäste empfangen können. Darum geht es, wenn wir jetzt im November verzichten, dass ein Ausblick auf ein gutes Weihnachtsfest möglich ist. Und deshalb appelliere ich an Bürgerinnen und Bürger, dass wir jetzt gemeinsam diese Anstrengung machen, im November die Welle brechen, damit wir wieder die Corona-Lage gut im Griff haben.

*(Beifall vonseiten  
 der Fraktionen der SPD und CDU –  
 Dr. Ralph Weber, AfD: Klares Nein dazu.)*

[...] Diese Maßnahmen, die wir gestern beraten haben, sollen ab 2. November greifen. Die wichtigste Maßnahme in der kommenden Zeit wird es nach wie vor sein, Abstand halten,

Maske tragen, da, wo es nötig ist, und im November gilt es, Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren. Und dieser Gedanke trägt unseren Beschluss und deshalb gibt es die erste wichtige Maßnahme. Die Bürgerinnen und Bürger werden gebeten, ihre Kontakte stark zu reduzieren, und sie werden eingegrenzt auf das absolut Notwendige: ein Hausstand und noch ein Hausstand, maximal zehn Personen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] Leider müssen wir im November auch auf Urlaubsreisen und Urlaubsgäste verzichten. Außerdem müssen wir im November bei der Freizeitgestaltung uns wieder stark einschränken. [...]

Ich bin ganz sicher, dass wir weiter durch diese Krise kommen, gut durch diese Krise kommen, wenn wir uns jetzt an die Regeln halten, wenn wir wieder diese Einschränkungen hinnehmen. Wir müssen gesund durch Herbst und Winter kommen, für die Menschen, für die Wirtschaft, für das soziale Zusammenleben. Und deshalb danke ich allen, der großen Mehrheit, die genau sich an diese Regeln hält. Machen Sie weiter so! Und vielen Dank für die guten Beratungen hier im Parlament! Ich freue mich auf die Diskussion, auf Ihre Anregungen. Bleiben Sie alle gesund!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
 der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Torsten Renz, CDU:

„Die Lage ist schwierig.“



[...] Ja, meine Damen und Herren, die Lage ist schwierig, trotzdem sind die Zustimmungsraten bei circa 80 Prozent. Da will ich mich auch nicht um einen Prozentpunkt streiten. Mich selbst erstaunt es manchmal auch bei Umfragen, wenn sogar bei der Maskenpflicht 87 Prozent dafür stimmen, bei privaten Feiern, bei Begrenzungen 86 Prozent oder auch, wenn es um Kontaktbegrenzungen geht, dass 79 Prozent dafür stimmen. Das finde ich gut.



Foto: Uwe Sinnacker

Der Abgeordnete Torsten Renz (CDU) geht auf die Inhalte der Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ein.

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Und es geht nicht nur um Zustimmung – wobei man sich natürlich fragen muss, warum ist die Zustimmung so groß in Deutschland, wahrscheinlich, weil wir eine Situation bisher politisch garantiert haben, die so ist, wie sie ist –, es geht nicht um kurzfristige Umfragen und Zustimmung, sondern es geht eben auch darum, die Lage in Deutschland möglichst so zu belassen und der Bevölkerung zu garantieren, dass der Schutz der Gesundheit und dass das öffentliche Leben weitergehen. Das ist die eigentliche Zielstellung, der wir uns verpflichtet fühlen sollten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Wir stellen fest eine zunehmende Beschleunigung der Übertragung in der Bevölkerung in den letzten sieben Tagen deutschlandweit, einen Wert von 93,6 Fällen auf 100.000 Einwohner. 93,6! Vor Monaten haben wir diskutiert, ob es überhaupt möglich ist, in M-V den Wert 10 oder ähnliches zu erreichen. Deutschlandweit 93,6! Die Inzidenz der Personen über 60 Jahre beträgt inzwischen wieder 59,3. In 132 Kreisen in Deutschland haben wir einen Wert von über 100.

Wir stellen fest, das Infektionsgeschehen kann nicht mehr vollständig nachvollzogen werden, und damit ist der Zustand, dass Infektionsketten nicht unterbrochen werden können, eine Herausforderung. Und ich will Ihnen auch sagen, in den letzten zwei Wochen sind die Patienten vom 14.10., die sich in Intensivbehandlung befunden haben, von 602 auf 1.569 an-

gestiegen. Und diese Lage, die ich eben beschrieben habe, das ist die Lage in Deutschland, und diese Lage ist bedeutend besser, wesentlich besser als um uns herum.

[...] Im Punkt 4 sagen wir auch, die Strategie ist richtig, das öffentliche Leben, insbesondere Schulen, Kitas, offen zu halten, Wirtschaft so weitestgehend wie möglich am Laufen zu halten. Dazu zählt insbesondere auch die Versorgungswirtschaft. Und was mir persönlich in letzter Zeit in den Diskussionen etwas gefehlt hat – ich glaube, das muss auch mehr in den Fokus gerückt werden –, die Industrie, die für die Grundversorgung, sprich Energie et cetera, verantwortlich ist, die sollten wir in unseren Überlegungen nicht außen vor lassen.

[...] In einem letzten Punkt haben wir uns – ich fasse den mal so ein bisschen zusammen unter dem Motto „gesellschaftliches Leben“ – auch darauf verständigt, dass es Bereiche gibt, wie insbesondere den Kinder- und Jugendsport, denen wir uns besonders verpflichtet fühlen. Das hat was mit gesellschaftlichem Leben in der Gesamtheit zu tun. Und wir, die Antragsteller, sind der Auffassung, dass hier Handlungsbedarf besteht, und sagen ganz klar in Richtung Landesregierung, hier muss auf dem Ordnungswege gehandelt werden.

Insofern freue ich mich auf die Debatte, freue mich auf Ihre alternativen Vorschläge und wünsche uns eine sachliche Diskussion. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

Nikolaus Kramer, AfD:

## „Diese Krisenpolitik führt zu einem Übergewicht der Exekutive.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Es geht heute nicht darum, die Lage in irgendeiner Weise zu verharmlosen, nein, es muss [...] darum gehen, dass wir den gesellschaftlichen Schaden in dieser Krise so gering wie möglich halten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Die Ausführungen der Ministerpräsidentin werden diesem einleitenden Gedanken nicht gerecht. Ihre Worte lassen die erschreckend verunsicherte Politik der Landesregierung erkennen – eine Politik des blinden Aktionismus, durch die erneut unnötige Kollateralschäden in Kauf genommen werden.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Das, was Sie als Ministerpräsidentin [...] hier heute den Bürgern in Form eines Teil-Lockdowns mitteilen, ist nicht logisch. Es gibt von Ihnen keine fundierte Argumentation, warum die eine Branche schließen muss, die andere aber nicht.

*(Thomas Krüger, SPD:  
Dann haben Sie nicht zugehört.)*

[...] Mit diesem Maßnahmenpaket verlieren unsere Bürger erneut ihre Mündigkeit. Sie verpassen unserer Gesellschaft ein künstliches Koma.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gestern in der [...] als „historische Krise“ bezeichneten Lage die historische Chance verpasst, eine selbstbewusste und souveräne Politik für Mecklenburg-Vorpommern zu machen. Ihre Zustimmung zu diesen Beschlüssen ist ein historischer Fehler.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Sie sprechen von einem nationalen Kraftakt, jetzt, wo Sie doch sonst die Nation immer so verteufeln.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Liebe Bürger, ja, wir müssen diese Corona-Krise ernst nehmen und genau im Blick behalten, aber genau das vermag die Ministerpräsidentin aktuell nicht. Anstatt eine kluge und regional differenzierte Corona-Politik in Form eines Marathons zu gestalten, wird im November zum desaströsen Kurz-sprint ausgeholt. [...]

Diese Krisenpolitik führt zu einem Übergewicht der Exekutive [...]. Jetzt aber gehören Diskurs und Entscheidungen in die Legislative. Es muss Schluss sein mit einer sich gegenseitig überzeichnenden Maßregelungspolitik der Regierung, [...].

Meine Damen und Herren, die Politik kann nicht alles richten, obwohl sie häufig gern alles richten wollen würde. Trauen wir dem gesunden Menschenverstand mehr zu in folgendem Sinne: Mit aufmerksamer Hygiene, mit achtsamer Vorbeugung und mit der Absicherung einer normal funktionierenden medizinischen Versorgung ist bereits viel gewonnen. Diese Erlasspolitik des Hin und Her erzeugt Unruhe, die sich in dieser Krise noch verhängnisvoll auswirken kann. [...]

Meine Damen und Herren, auch Mecklenburg-Vorpommern muss in diesen Tagen souverän handeln. Unsere Bürger haben das Interesse, nicht von einem durch eine nervöse Kanzlerin ausgelösten Strudel in den wirtschaftlichen Ruin getrieben zu werden. Frau Schwesig hat die Staatskanzlei heute zu einer nachgeordneten Behörde des Kanzleramtes erklärt.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Das Agieren der Kanzlerin in diesen Tagen ist von einer unreflektierten Ungeduld geprägt. [...] Wer dieser Krise mit Worten wie „Heimsuchung“ oder „Unheil“ begegnet, der verlässt den Weg einer fundierten und damit der Lage angemessenen Analyse. Wir brauchen klare Fakten und eine Politik der Verhältnismäßigkeit in diesen Tagen. Das wird uns dann gelingen, wenn wir alle betroffenen Akteure an einen Tisch bekommen und gemeinsam mit den beratenden Ausschüssen des Parlamentes gut überlegte Entscheidungen für unsere Bürger treffen.

*(Jochen Schulte, SPD: Machen Sie doch mal einen Gesetzentwurf dazu! Reden kann jeder.)*

[...] Wir müssen vernünftige, wohldurchdachte Entscheidungen für unsere Bürger, für unser Land treffen, für regionale Lösungen, für ein Mecklenburg-Vorpommern mit einer eigenständigen Staatskanzlei. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Thomas Krüger, SPD:

„Seien Sie solidarisch und lassen Sie uns in der Krise zusammenhalten!“

Fotos: Uwe Sinnacker



[...] Deutschland und [...] Europa befinden sich in einer hochgefährlichen Situation, in einer Pandemie, in einer Krisensituation. [...]

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, bei der AfD schon.)*

[...] es stimmt, viele Infizierte [...] haben einen leichten Krankheitsverlauf. Aber ebenso wahr ist, [...] dass viele Patienten [...] noch sehr lange mit den Folgen der Corona-Infektion zu kämpfen haben. Es ist eben keine Grippe [...].

Es ist aber auch so, dass bei einer steigenden Zahl von Infizierten natürlich auch die Zahl der schweren Krankheitsverläufe, potenziell mit tödlichem Verlauf, zunimmt. [...] die in den Krankenhäusern behandelt werden müssen, nimmt massiv zu. Und auch die intensivmedizinische Behandlung von Corona-Patienten wächst von Tag zu Tag.

*(Zurufe von Horst Förster, AfD, und Dr. Gunter Jess, AfD)*

[...] das tut sie auch, auch wenn ich hier von rechts außen höre, dass das nicht stimmt.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...]

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Deswegen müssen wir jetzt handeln! Das ist der Hintergrund unserer Maßnahmen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Dietmar Eifler, CDU)*

[...]

*(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Hilfs-Gauland ist das.)*

Ich weiß nicht, wer hier Panikmache macht, [...].

*(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Herr Panik! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)*

[...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...]

*(Nikolaus Kramer, AfD: Aber Sie reden schon von Mecklenburg-Vorpommern, ja? Sind wir hier in M-V, oder wie?)*

[...] Und die Befürchtung ist [...], dass irgendwann [...] unsere medizinischen Kapazitäten nicht mehr ausreichen. [...] deswegen hatte ich gehofft, dass wir hier miteinander eine ernsthafte Debatte darüber führen können, welche Maßnahmen wir unternehmen, um genau diesen Zustand zu vermeiden.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)*

[...] gerade in einer Krisensituation ist es wichtig, dass wir hier zusammenstehen, dass Politik zusammensteht und den Menschen hilft, indem wir sagen, wie die Situation ist, und die Menschen mitnehmen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] Das ist ja auch eine Sache, die die AfD versucht, für sich auszunutzen. [...] wir werden die Corona-Pandemie nur [...] bewältigen, wenn wir diszipliniert bleiben und [...] uns an die Regeln halten.

Deswegen sind [...] vereinbarten Maßnahmen richtig. Und ich finde es richtig, dass unsere Ministerpräsidentin souverän entschieden hat, dass wir da mitmachen – übrigens eine Entscheidung, die die Ministerpräsidentin nicht einfach aus dem Hut gezaubert hat, sondern eine Entscheidung, die bereits in diesem Land getragen ist. Denn die Ministerpräsidentin hat vorher den MV-Gipfel einberufen und hat ganz verschiedene gesellschaftliche Bereiche zur Seite genommen und hat gesagt, wir sind ungefähr zwei Wochen vor der Krise, machen wir das jetzt mit, gehen wir gemeinsam den Weg oder sagen wir, wir sind noch zwei Wochen vor der Krise und wir warten doch erst mal ab, wie es sich entwickelt.

[...] Frau Ministerpräsidentin, meinen herzlichen Dank dafür, dass Sie die breite Einbindung wichtiger gesellschaftlicher Kräfte gemacht haben! Mein herzlicher Dank dafür, auch diesen gesellschaftlichen Kräften, dass wir gemeinsam entschieden haben, dass wir nicht abwarten wollen, [...] sondern dass wir souverän [...] entscheiden, dass diese Maßnahmen, die [...] richtigen [...] sind!





Foto: Uwe Sinnecker

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

[...] Mit den Corona-Schutzmaßnahmen, die wir hier im Land in den letzten Monaten getroffen haben, sind wir bislang gut durch die Krise gekommen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] All die Befürchtungen, [...] dass unter Corona-Bedingungen kein geordneter Unterricht oder kein Kitabetrieb möglich ist, haben sich nicht bewahrheitet. Für unsere Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern haben wir schnell und entschlossen gehandelt und mit dem ersten Nachtragshaushalt die Hilfen auf den Weg gebracht. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Ann Christin von Allwörden, CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] die [...] in der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbarten Maßnahmen bedeuten schwere und massive Einschnitte für alle [...] und für viele [...] auch massive wirtschaftliche Einbußen. Dessen sind wir uns sehr bewusst. Auch deswegen haben wir gestern den zweiten Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht, um die finanziellen Hilfen zu ermöglichen. [...]

dieser Antrag zeigt, dass der Landtag [...] handlungsfähig ist. Wir haben es in der Hand, wir haben jederzeit die Möglichkeit, über die Ausschüsse oder übers Plenum Richtungen zu steuern und Dinge zu klären.

[...] Was wir aber durch strenge Maßnahmen nicht vorschreiben können, ist der gesunde Menschenverstand. Nicht alles, was erlaubt bleibt oder hoffentlich bald wieder ist, ist auch sinnvoll und klug. [...] Dies ist nicht die Zeit des Egoismus [...].

[...] Ich bin mir sicher, [...] wir werden die Corona-Krise gut meistern. Dafür aber noch einmal: [...] Seien Sie solidarisch und lassen Sie uns in der Krise zusammenhalten! [...]

Jochen Schulte, SPD:

[...] Es ist ja so gewesen heute in der Debatte, dass vom Grundsatz her bei allen Fraktionen, auch wenn man unterschiedliche politische Auffassungen haben kann [...], mit [...] Ausnahme der AfD und Herrn Arppe, [...] zumindest die Art [...] des Umgangs miteinander und [...] dem Thema [...] angemessen war [...].

[...] so richtig ich es empfunden habe, dass [...] die Ministerpräsidentin – und deswegen ist der Vorwurf auch vonseiten der AfD, dass die Staatskanzlei hier letztendlich ein Vorposten der Bundeskanzlerin, des Bundeskanzleramts wäre, ja nur noch als perfide zu bezeichnen –, so gut ich es fand in der

Vergangenheit, dass die Ministerpräsidentin immer wieder darauf hingewiesen hat, dass man regionale Unterschiede machen muss, und sich ja auch in den Runden dafür eingesetzt hat, dass regionale Unterschiede gemacht werden, so gut ist es, dass [...] sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung darauf verständigt haben, dass man dieses Problem eben nur bundesweit lösen kann

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

und dass es bei allen regionalen Unterschieden, [...] es den Menschen auch in unserem Land keinerlei Vorteil bringt, wenn wir so tun würden, als ob das, was jenseits unserer Landesgrenzen passiert, keine Auswirkungen darauf hat, was bei uns im Land stattfindet.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[...] ich war im Endeffekt entsetzt darüber, wie [...] durch die Redebeiträge von Herrn Arppe und Herrn Förster hier ein Ton reingebracht worden ist, der in einem demokratischen Haus wirklich in keiner Weise angebracht ist.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Da spricht [...] Herr Arppe von „Sportpalastreden“. [...] damit bezeichnet man die Rede des NS-Propagandaministers Goebbels, in der er vor einer frenetischen NS-Anhängerschaft im Februar 1943 zum totalen Krieg aufgerufen hat. Das ist das, womit hier demokratisches Parlament verglichen wird [...].

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Und, Herr Förster, [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Sie haben [...] noch einen draufgesetzt, indem Sie hier von Endsieg rhetorik gesprochen haben. [...]

*(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

[...] das ist auch der Unterschied, [...] warum ich immer wieder dafür plädiere, mit möglichst vielen Fraktionen diese Themen gemeinsam anzugehen, gemeinsame Beschlüsse zu fassen, so, wie wir das heute getan haben, aber nicht mit der AfD.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Wolfgang Waldmüller, CDU)*

[...]

*(Heiterkeit und Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Nein!)*

[...]

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Gar nichts! – Rainer Albrecht, SPD: Oder sagen wollen.)*

[...]

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...]

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Horst Förster, AfD: So ein Unsinn!)*

[...]

*(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

dann ist es nicht gut, wenn man so tut, als ob das Parlament heute das erste Mal tatsächlich in diesen Prozess eingebunden worden ist. Damit [...] machen wir uns kleiner, als wir tatsächlich sind.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Wir [...] sind das höchste Verfassungsorgan.

*(Der Abgeordnete Peter Ritter meldet eine Kurzintervention an. – Der Abgeordnete Dr. Ralph Weber meldet eine Zwischenfrage an. – Der Abgeordnete Dirk Lerche bittet um das Wort für eine Anfrage.)*

[...]

*(Der Abgeordnete Peter Ritter tritt an das Präsidium heran.)*

[...]

*(Der Abgeordnete Peter Ritter wendet sich fortgesetzt an das Präsidium.)*

[...]

*(Andreas Butzki, SPD: Im Bildungsausschuss auch.)*

[...]

*(Andreas Butzki, SPD: Bildungsausschuss auch noch.)*

[...]

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...]

*(Andreas Butzki, SPD: Das hat Blitzmerker Lerche selbst gemacht.)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

so, wie das heute hier drei Fraktionen mit ihrem interfraktionellen Antrag getan haben. Das ist Aufgabe der Legislative.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Simone Oldenburg, DIE LINKE

„Wer keine Kontakte zu seinen Freunden oder seiner Familie hat, der vereinsamt und verarmt sozial.“

Fotos: Uwe Sinnacker



[Anrede]

[...] Täglich steigen die Infektionszahlen in allen Regionen und eben auch in unserem Bundesland. Vermuteten viele von uns noch am Beginn, dass das Gerede einer zweiten Welle Panikmache und Alarmismus sei, wissen wir jetzt alle – außer die meisten Abgeordneten der AfD-Fraktion –, dass sie Realität geworden ist. [...] Die zweite Welle rollt. Dieses Virus bleibt, nistet sich ein, diktiert zunehmend unser soziales, gesellschaftliches, wirtschaftliches und auch politisches Leben. [...] Wer jetzt so weitermacht, als wäre nichts geschehen, der tanzt auf diesem Vulkan.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...] Darum ist es so wichtig, dass wir heute im Parlament über die neuen Einschnitte diskutieren, dass wir im Parlament die Maßnahmen beschließen, dass das der erste Schritt ist, den wir tun, damit das Parlament auch der Ort der politischen Willensbildung bei Corona-Maßnahmen ist.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...] Eine zu erarbeitende Verordnung muss dann die weitere Ausgestaltung vornehmen. Dazu zählt die Klarstellung zum Beispiel, dass Tagesausflüge innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns möglich sind, dass Testkapazitäten ausgebaut werden müssen und dass zum Beispiel auch Beerdigungen mit bis zu 20 Personen auch in dieser Zeit möglich sein müssen, denn wir brauchen pragmatische und auch gleichzeitig wirksame Wege durch diese zweite Welle. Diese Wege müssen für die Bevölkerung nachvollziehbar sein, damit sie eben akzeptiert werden, denn bis zur Verfügbarkeit des Impfstoffes brauchen wir die Einsicht der Frauen, Männer, der Jugendlichen und

Kinder in jede einzelne Maßnahme mehr denn je. Und deshalb darf diese heutige parlamentarische Einbindung auch wirklich keine Eintagsfliege sein,

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

denn gemeinsam müssen wir alles daransetzen, dass Altersheime und Krankenhäuser nie wieder abgeschottet werden und dadurch die Älteren mutterseelenallein gelassen werden. Wer keine Kontakte zu seinen Freunden oder seiner Familie hat, der vereinsamt und verarmt sozial.

*(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Deshalb müssen wir alle gemeinsam alles daransetzen, dass keine Ärztin, kein Arzt jemals entscheiden muss, wer von den Erkrankten überleben darf und wer aufgegeben werden muss, weil das Gesundheitswesen kollabiert!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Nur gemeinsam können wir dafür Sorge tragen, dass keine Schulabschlüsse gefährdet sind, dass Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten vermieden werden, dass Soloselbstständige sowie Künstlerinnen und Künstler niemals aus unserem Leben verschwinden. [...] Wir alle sind gefordert, und wir alle nehmen diese gemeinsame Verantwortung wahr. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*



*Dr. Mignon Schwenke (li., DIE LINKE) im Gespräch mit Jeannine Rösler (DIE LINKE) und Peter Ritter (DIE LINKE).*



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig reagiert auf eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Gunter Jess (AfD)

Foto: Uwe Sinnecker

## Abgeordnete tagen zusätzlich

Ende November:  
Dringlichkeitssitzung  
zu Corona-Beschlüssen

■ **Freitag, 27. November, kurz vor zehn. Der Plenarsaal füllt sich. Dass die Abgeordneten sich heute treffen, steht nicht im Sitzungskalender: Der nächste reguläre Termin ist der 9. Dezember. Die Landesregierung hat jedoch eine Dringlichkeitssitzung beantragt. Anlass dafür sind die Corona-Regelungen, die Bund und Länder zwei Tage zuvor für Dezember beschlossen haben. Und über die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig nun in einer Regierungserklärung den Landtag – und damit auch die Öffentlichkeit – informiert.**

Es ist ihre zweite Regierungserklärung zur Pandemie binnen vier Wochen. Der November-Teil-Lockdown habe zwar eine erste Wirkung gezeigt. Die Zahl der Neuinfektionen sei aber nach wie vor zu hoch. „Wir brauchen mehr Zeit.“ MV werde die meisten der vereinbarten Maßnahmen daher umsetzen – da, wo es die Zahlen zulassen, aber auch eige-

ne Wege gehen. Ihr sei bewusst, dass die Einschränkungen Bürgern und betroffenen Branchen viel abverlangten. Sie seien jedoch unumgänglich, um die Infektionszahlen zu senken. Und um über Weihnachten und Silvester Lockerungen zuzulassen. Die Ministerpräsidentin betonte in ihrer Rede, dass es der Landesregierung bei allen Entscheidungen darum gehe, eine Balance zwischen Gesundheit, Wirtschaft und sozialem Zusammenhalt zu halten.

Die AfD hält die Beschränkungen für falsch und forderte in der Erwiderung zur Regierungserklärung, stärker auf die Eigenverantwortung der Bürger zu setzen. Ihr Leitmotiv: „Freiheit statt Zwang.“ Die CDU warf der AfD vor, das Corona-Virus und seine Gefahren zu ignorieren. Wenn man zu früh öffne, könne sich der bisherige Weg als umsonst erweisen. Die Maxime der Christdemokraten: Weiter Linie halten, mit dem Ziel, schnellstmöglich wieder zu öffnen. DIE LINKE drängte darauf, Kindern mehr Aufmerksamkeit zu schenken und einen Kindergipfel einzuberufen. Die Bewältigung der Pandemie dürfe nicht auf dem Rücken der Jüngsten ausgetragen werden. Entscheidungen kritisch zu hinterfragen, sei richtig, meinte die SPD. Wer jedoch zusammen mit Rechtsextremen und Verschwörungstheoretikern marschiere, von Corona-Diktatur schwurbelt und mit seinem Verhalten die Gesundheit anderer gefährde, dürfe nicht erwarten, im demokratischen Diskurs ernst

genommen zu werden. Holger Arppe (fraktionslos) kritisierte, dass der Lockdown unnötig sei und tausende Existenzen ruiniere.

Im Anschluss an die Regierungserklärung und die damit verbundene Aussprache unterstrichen die Fraktionen ihre Positionen auch noch einmal mit Anträgen. Die Ziele der AfD: den Teil-Lockdown zurücknehmen, Maßnahmen täglich neu bewerten, einen Impfplan erstellen, Kontaktverfolgungen aufgeben, weitere Dunkelziffern zulassen, Risikogruppen kostenlos mit FFP2-Masken versorgen und auf freiwillige Vorsicht setzen. Dem stellen SPD, CDU und DIE LINKE einen gemeinsamen Antrag gegenüber. Im Kern geht es darum, die vereinbarten Schutzmaßnahmen umzusetzen, eine landesweite Impfstrategie zu erarbeiten, Öffnungsperspektiven zu beraten und beim Bund Unterstützung für Schnelltests einzufordern. Darüber hinaus soll die Landesregierung den Landtag binnen 24 Stunden über Entscheidungen und Verordnungen informieren und öffentlich stärker auf die Bedeutung von Alltagsmasken, Abstands- und Hygieneregeln aufmerksam machen. Der Antrag der AfD wurde mehrheitlich abgelehnt, der interfraktionelle Antrag beschlossen.

Antrag AfD  
Drucksache 7/5584  
Antrag SPD, CDU, DIE LINKE  
Drucksache 7/5615

## Neue Schulden wegen Corona

Landesregierung bringt zweiten Nachtragshaushalt in den Landtag ein

■ In welcher Ausnahmesituation sich das Jahr 2020 befindet, das ließ sich auch an der Tagesordnung der Oktober-sitzung ablesen: Unter Punkt 2 brachte die Landesregierung erneut einen Nachtragshaushalt für 2020 und 2021 ein. Im Kern steht eine Neuverschuldung von 2,15 Milliarden Euro. Geld, das die Auswirkungen der Corona-Pandemie abfedern und insbesondere in Wirtschaft, Kommunen, Bildung, Digitalisierung sowie ins Gesundheitswesen fließen soll. Die Koalitionsfraktionen verteidigten die neuen Schulden, die bis 2044 getilgt werden sollen, als unumgänglichen Weg durch die Krise. Die AfD mahnte zum Sparen. Sie bemängelte ebenso wie DIE LINKE, dass viele der geplanten Ausgaben nicht coronabedingt seien, sondern die finanziellen Versäumnisse der vergangenen Jahre offenbarten. Gut zwei Stunden lang debattierten die Abgeordneten. Dann überwiesen sie die Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Die Corona-Pandemie habe der Wirtschaft im Land schwer zugesetzt, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Allein in der ersten Jahreshälfte sei die Wirtschaftsleistung um 5,2 Prozent zurückgegangen – und damit so stark, wie nie zuvor. „Mit dem Nachtragshaushalt gleichen wir Mindereinnahmen aus, kofinanzieren Maßnahmen aus dem Konjunktur- und Krisenprogramm des Bundes und investieren, indem wir geplante Maßnahmen vorziehen.“ Die Landesregierung folge dabei einer klaren Linie: Die Gesundheit der Menschen zu schützen, Unternehmen und Beschäftigte mit den Folgen aber nicht allein zu lassen. „Indem wir die Folgen von Corona für die Betroffenen abmildern, investieren wir auch in die Zukunft nach Corona.“ Gleichzeitig kämen krisenbe-



Foto: Jens Büttner

Mit einem erneuten Nachtragshaushalt sollen die Folgen der Corona-Pandemie finanziell aufgefangen werden.

dingt millionenschwere Steuereinbußen auf das Land zu. „Deshalb müssen wir weitere Kredite aufnehmen.“ Zusammen mit dem ersten Nachtragshaushalt eine Summe von insgesamt 2,85 Milliarden Euro. Diese Kredite binnen 20 Jahren zurückzahlen zu wollen, werde viel Kraft erfordern, sei aber fair gegenüber den nachfolgenden Generationen. „Unser Tilgungsplan ist in einem Zeitraum, in dem ich sagen kann: Da möchte ich politische Verantwortung haben.“

Die AfD warf der Landesregierung vor, den Weg der soliden Finanzpolitik verlassen zu haben. Selbst der Landesrechnungshof habe Bedenken gegen die Neuverschuldung, argumentierte **Ralph Weber**. Er verwies darauf, dass die Gelder aus dem ersten Nachtragshaushalt bislang nur ungefähr zur Hälfte abgeflossen seien. Anstatt eine „horrende Neuverschuldung“ in Angriff zu nehmen, sollte seiner Meinung nach erst einmal dieses Geld aufgebraucht sowie im ursprünglich verabschiedeten Doppelhaushalt nach Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Er kritisierte, dass die vorgelegten Pläne neben der Unterstützung für Betroffene auch viele Ausgaben enthielten, die nicht im Zusammenhang mit Corona stünden. Als Beispiele nannte er Vorhaben wie Breitbandausbau, öffentlichen Personennahverkehr, Schulbau und Digitalisierung. „Das sind Versäumnisse der rot-schwarzen Landesregierung aus den letzten zehn Jahren.“ Dafür die Schuldenbremse zu überschreiten, bezeichnete er als verfas-

sungswidrig. Seine Fraktion werde das nicht mittragen und gegebenenfalls vors Landesverfassungsgericht ziehen. Unmut äußerte er auch darüber, bei den Vorschlägen zum Nachtragshaushalt nicht eingebunden gewesen zu sein.

Über Sparmaßnahmen zu fabulieren, davon hielt **Egbert Liskow** (CDU) nichts. Mit solchen Vorschlägen beweise die AfD nur ihre fehlende finanzpolitische Kompetenz. Staatsausgaben zu drosseln, würde die Rezession nur verschärfen. „In einer solchen Situation muss man nicht kleckern, sondern klotzen.“ Mit der Neuverschuldung werde die Schuldenbremse weder ausgesetzt noch ausgehebelt. Das Land wende hier eine Ausnahmeregelung an, die für Situationen wie diese explizit vorgesehen sei und sich in der Landeshaushaltsordnung in Paragraph 18, Absatz 7 wiederfinde. Die geplante Kreditaufnahme erfülle dabei mehrere Zwecke: Sie stärke das Gesundheitssystem in der Pandemie, finanziere aktuelle Wirtschaftshilfen und ermögliche Investitionen, die die wirtschaftliche Nachfrage beleben. Das sei verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die Unternehmen, Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Einkommen erhalte. „Wir schaffen damit die Voraussetzungen dafür, dass unser Land gut aus der Rezession herauskommt.“ Seine Fraktion werde genau auf eine zielgerichtete Verwendung der Gelder achten. Sollten die insgesamt 2,85 Milliarden Euro aus der Kreditaufnahme nicht vollständige benötigt werden, würden

die Gelder nicht im Haushalt versickern, sondern für Sondertilgungen eingesetzt, so Liskow.

Viele der angedachten Investitionen haben auch nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE ihre Ursache nicht in Corona – offenbaren in der Pandemie aber, dass sie längst überfällig seien. Ob Gesundheitsbereich, Schulbau, Digitalisierung, Kinder- und Jugendtourismus, Pflege, Kultur oder öffentliche Daseinsvorsorge: Krisen in Bereichen wie diesen hätten ihre Ursache „im Geiz der letzten Jahre“, unterstrich Fraktionsvorsitzende **Simone Oldenburg**. „Wenn wir jetzt nicht investieren, droht das Land auf diesen Gebieten komplett zu scheitern.“ Deshalb werde ihre Fraktion für den Haushalt stimmen. Die entscheidende Frage sei jedoch: „Wer soll das bezahlen?“ Für sie stehe fest: „Nicht die Altenpflegerin, der Erzieher, die Bäckerin oder der Industriearbeiter.“ Auch Ingenieure, Lehrer, Köche oder Ärzte verfügten nicht über die Mittel. Multimillionäre und Multimilliardäre hingegen schon. „Allein eine Vermögensabgabe für Mehrfachmillionäre in Höhe von fünf Prozent würde für unser Land jährliche Mehreinnahmen von 150 bis 200 Millionen Euro bringen.“ Allgemeine Steuererhöhungen lehnte sie indes ab. „Das würde große Löcher in die Taschen derjenigen reißen, die uns durch diese Krise getragen haben.“

„Mit dem zweiten Nachtragshaushalt innerhalb eines halben Jahres reagieren wir nicht auf irgendwas, sondern auf eine historische Krise“, hob **Thomas Krüger** (SPD-Fraktionsvorsitzender) hervor. Hohe Schulden aufzunehmen, sei schmerzlich, aber richtig, um die Wirtschaft am Laufen zu halten. Wer jetzt spare, sorge für Insolvenzen, Massenarbeitslosigkeit und eine Abwärtsspirale. „Genau das wollen wir eben nicht. Und deswegen handeln wir.“ Die Landesregierung pumpe dabei nicht ziellos Geld in die Wirtschaft, sondern setze mit den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Kommunen, Digitalisierung und Soziales klare Prioritäten. Das Schulbauprogramm, zum Beispiel, werde vielen kleinen Handwerksfirmen in den nächsten Jahren eine stabile Auftragslage beschere. „Wir erhalten damit Arbeitsplätze. Das ist das, was wir Sozialdemokraten hier wollen.“ Ja, der

erste Nachtragshaushalt sei noch nicht ausgeschöpft. „Aber dieses Geld ist weitestgehend gebunden.“ Dass die AfD im Vorfeld keine Möglichkeit erhalten habe, eigene Vorschläge einzubringen, wies er zurück: Das habe sie sogar explizit abgelehnt. „Sie, die sich ‚Alternative‘ nennen, haben keinerlei Alternativen vorher zu Papier gebracht. Das ist Ihre Politik.“

„Kein Finanzminister macht gerne Schulden“, betonte Finanzminister **Reinhard Meyer**. Angesichts der hohen Summe könne es einem „bisweilen schon ein wenig schwindelig werden“. Hier komme dem Land jetzt aber die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre zugute. Nur deshalb könne MV nun, in der Not, Schulden machen. Einer möglichen Klage der AfD sehe er gelassen entgegen. „Die Schuldenregel wird mit dem, was wir machen, eingehalten.“ Unzutreffend sei auch der Vorwurf, die Landesregierung habe sich nicht um Einsparmöglichkeiten bemüht. „Selbstverständlich hat es Chefgespräche mit allen Ressorts gegeben. Wir haben auch 300 Millionen Euro an Sachkosten und Personalkosten eingesammelt, um die zu sparen.“ Er räumte ein, dass es in den vergangenen Jahren finanzielle Versäumnisse gegeben habe, die sich in der Corona-Krise nun viel deutlicher zeigten, als vorher. Auch deshalb sei es wichtig, jetzt zu investieren, um sich für die Zukunft besser aufzustellen. Er unterstrich, dass die hohe Neuverschuldung ein einmaliger Kraftakt sei und der nächste Doppelhaushalt 2022/2023 wieder den Weg der Konsolidierung gehen müsse. „Das wird von uns an der einen oder anderen Stelle harte Entscheidungen abverlangen.“

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/5435  
Zahlenwerk zum Nachtrag zum  
Haushaltsplan 2021  
Drucksache 7/5477  
Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/5436*

### Stichwort: Nachtragshaushalt

9,4 Milliarden Euro – diese Summe steht für 2020 auf der Ausgabenseite, als die Abgeordneten im Dezember 2019 turnusgemäß den Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre verabschiedeten. 2021 sollen es 9,1 Milliarden Euro sein. Von Corona und den Auswirkungen der Pandemie ahnt damals noch niemand etwas. Wenige Monate später hat Covid 19 auch MV fest im Griff. Kitas, Schulen, Geschäfte, Restaurants, Hotels, Theater müssen schließen. Veranstaltungen aller Art werden auf unbestimmte Zeit abgesagt. Das öffentliche Leben steht nahezu still. Schnell ist klar, dass die Hilfsprogramme zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen nicht mit dem bestehenden Haushaltsplan gedeckt werden können. Um diese außerplanmäßigen Ausgaben zu finanzieren, muss der Etat nachträglich erhöht werden. Das geschieht mithilfe eines sogenannten Nachtragshaushalts. Ihn auszuarbeiten, ist Sache der Landesregierung. Ihn zu beschließen Aufgabe des Landtags.

Den ersten Nachtragshaushalt legte die Landesregierung dem Landtag im April zur Beschlussfassung vor. Sein Volumen: 1,1 Milliarde Euro. 700 Millionen davon sollen über Kredite, also Schulden, finanziert werden. Jetzt, ein gutes halbes Jahr später, befindet sich MV noch immer mitten in der Pandemie. Deshalb hat die Landesregierung erneut einen Nachtragshaushalt vorgelegt. Diesmal geht es um 2,15 Milliarden Euro, die über Kredite aufgebracht werden sollen. Damit macht das Land in diesem Jahr zum ersten Mal seit 14 Jahren neue Schulden – insgesamt zirka 2,85 Milliarden Euro. Der Kredittilgungsplan sieht vor, sie bis 2044 zurückzuzahlen.

Die Gelder aus dem Nachtragshaushalt sollen zum einen die Steuermindereinnahmen des Landes ausgleichen und zum anderen Krisenhilfe und Investitionen ermöglichen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf fünf Bereichen: Wirtschaft (100 Millionen Euro), Gesundheitswesen (480 Millionen), Bildung (256 Millionen), Digitalisierung (400 Millionen) und Kommunen (387 Millionen). Letzteren sollen zum Beispiel Steuerausfälle kompensiert werden, damit sie finanziell genauso dastehen wie ohne Corona.

# Denkmalschutz mit mehr Augenmaß

Behörden sollen Richtlinien für Bescheinigungen einheitlicher anwenden

■ Das Gutshaus in Behren-Lübchin. Der Leuchtturm in Born a. Darß. Das Schloss Kartlow. Die Windmühle in Altkalen: Vier Beispiele aus einer Fülle von mehr als 20.000 Baudenkmalern in MV. Die meisten von ihnen gehören Privatleuten. Um die finanziellen Belastungen für den Erhalt eines Denkmals zu mindern, gewährt der Staat ihnen steuerliche Vergünstigungen. Voraussetzung ist eine Bescheinigung, aus der die Denkmaleigenschaft und die Erforderlichkeit der Aufwendungen hervorgehen. Die Richtlinien dafür regelt das Land in einer Verwaltungsvorschrift – die laut CDU von den Unteren Denkmalschutzbehörden aber nicht einheitlich angewendet wird. Um dem entgegenzutreten, regten die Koalitionsfraktionen an, Sachbearbeitern Schulungen und Anwendungshilfen anzubieten und Denkmaleigentümer besser über die geltende Rechtslage zu informieren. Dem schloss sich die Opposition an.

24.000 Baudenkmäler, darunter 2000 Guts- und Herrenhäuser: „MV hat ein reiches Erbe an historischen Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen“, verdeutlichte **Bernhard Wildt** (CDU). Eine Vielfalt, deren Erhalt keineswegs allein durch die öffentliche Hand gestemmt werden könne. „Wir sind darauf angewiesen, dass Privatleute sich engagieren.“ Im Gegenzug könnten sie diese Aufwendungen unter bestimmten Voraussetzungen mit bis zu 100 Prozent vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen. „In der Praxis zeigt sich jedoch, dass einige Untere Denkmalschutzbehörden bei der Ausstellung der Bescheinigungen restriktiver vorgehen, als es der Intention des Gesetzes entspricht.“ Dieses Manko möchte der Antrag abschaffen. Mithilfe von Handlungsanleitungen und Schulungen für die



Foto: Jens Böttner

Das 1847 im englischen Tudorstil errichtete Landschloss Varchentin (Gemeinde Groß Plasten) ist bisher noch nicht saniert worden.

Unteren Denkmalschutzbehörden und einem Informationsleitfaden für Denkmaleigentümer, der alle Regelungen detailliert und praxisnah erläutere. „Wir möchten eine landesweit einheitliche Rechtsanwendung und eine tendenziell großzügige Handhabung.“

Wer sich um einen Denkmalschatz kümmere, verdiene jede Unterstützung, pflichtete Kulturministerin **Bettina Martin** bei. „Deshalb begrüße ich den Antrag sehr.“ Auch sie sprach sich dafür aus, stärker als bisher auf die Möglichkeiten steuerlicher Abschreibungen aufmerksam zu machen. „Eine intensivere Informationspolitik durch die öffentliche Hand ist wichtig und auch gleichzeitig

eine Werbung für den Kulturgüterschutz im Land.“ Als ersten Schritt kündigte sie eine Umfrage bei den Unteren Denkmalschutzbehörden an. Damit wolle sie sich zunächst einen Überblick über Probleme verschaffen und ausgehend davon Maßnahmen einleiten. „Seien Sie versichert, dass das Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege intensiv daran arbeitet, Verfahrensabläufe zu strukturieren und so weit wie möglich zu vereinfachen.“ Sie machte aber auch darauf aufmerksam, dass kaum ein Denkmal dem anderen gleiche. „Es handelt sich bei jeder Entscheidung um eine Individualentscheidung, bei der auch immer ein Ermessen des zuständigen Sachbearbeiters verbleibt.“

## Stichwort: Denkmal

In Deutschland ist Denkmalschutz Ländersache. Ist ein Bauwerk ein Denkmal? Das entscheiden die Unteren Denkmalschutzbehörden, sprich die Landkreise, kreisfreien Städte oder großen kreisangehörigen Städten. Haben sie ein Objekt unter Denkmalschutz gestellt, genießt es den Schutz des Denkmalschutzgesetzes MV. Wer ein Baudenkmal besitzt, muss es auch erhalten und pflegen. Die Anforderungen dafür regelt das Land ebenfalls im Denkmalschutzgesetz. Wer bauliche Veränderungen oder eine Sanierung plant, benötigt eine denkmalrechtliche Genehmigung. Ansprechpartner dafür sind auch hier die Unteren Denkmal-

schutzbehörden. Um die finanziellen Belastungen für den Erhalt eines Denkmals zu mindern, können Denkmaleigentümer von steuerlichen Vergünstigungen profitieren. Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege berät und unterstützt die Landkreise, kreisfreien Städte und großen kreisangehörigen Städte in der Denkmalpflege und dem Denkmalschutz. Als Denkmalfachbehörde wirkt sie fachlich bei den Entscheidungen der Unteren Denkmalschutzbehörden und der Obersten Denkmalschutzbehörde, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, mit.

Richtlinien landesweit einheitlich anzuwenden, sollte eine Selbstverständlichkeit sein, meinte **Jörg Kröger** (AfD). Dass die gelebte Praxis anders aussehe, sei betrüblich. Seine Fraktion werde sich diesem Arbeitsauftrag daher nicht verschließen. Gleichwohl ließen sich damit jedoch nicht alle bestehenden Mängel beheben. So werde eine Denkmalbeschreibung weiterhin erst bei einer hohen Steuerlast interessant. Dabei gebe es jedoch gerade in MV viele Enthusiasten, die sich mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen dem Erhalt eines Denkmals verschrieben hätten. „Ihnen kommt dieses Instrument nicht zugute.“ Nicht zu vergessen die Personaldecke der Unteren Denkmalschutzbehörden: „Hier ist seit 2006 ein massiver Abbau zu verzeichnen.“ Auch da bestehe Handlungsbedarf. Seine Fraktion setze sich zudem dafür ein, Fördertöpfe aufzustocken, Beratungsdienstleistungen auszubauen und Denkmaleigentümer von der Grundsteuer zu befreien.

**Tilo Gundlack** (SPD) lobte all jene, die sich ein Denkmal anschaffen und in mühevoller Kleinarbeit sanieren. „Solche Denkmale zu schultern, ist nicht einfach.“ Zumal Denkmalschützer bisweilen auch „kein einfaches Klientel“ seien. „Sie nehmen ihren Job sehr, sehr ernst. Manchmal kann man auch sagen: zu ernst.“ Er appellierte daran, nicht nur mit Anwendungshilfen auf die Behörden zuzugehen, sondern auch den direkten Draht zu den Denkmaleigentümern zu suchen. Zum Beispiel mit Informationsveranstaltungen. „So, wie wir das auch schon mal gemacht haben im Gemeinnützigkeits-

recht mit den Vereinen.“ Das sei sehr gut angenommen worden. Er warb darum, dem Antrag auch mit Wermutstropfen zuzustimmen. „Ohne Wermutstropfen wäre das Leben ja langweilig. Und alle Wermutstropfen kann man auch nicht gleich abschaffen.“

„Jedes Denkmal ist auch Zeitzeuge. Zeitzeuge unserer Geschichte. Es prägt unsere Identität und überliefert uns auch Dinge für die Zukunft. Diese Geschichtsauseinandersetzung ist nach wie vor sehr wichtig“, unterstrich **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). Umso begrüßenswerter seien die vielen ehrenamtlichen und privaten Initiativen, Denkmäler zu erhalten und mit Leben zu füllen, beispielsweise als Gemeindetreffpunkt oder Lebensmittelpunkt. „Da haben wir schon viele gute Konzepte gesehen.“ Sie unterstrich, dass Denkmalschutz vor allem in den Kommunen verankert sei. Die Unteren Denkmalschutzbehörden bräuchten deshalb deutlich mehr Unterstützung. Personell und finanziell. „Mitunter sind die Budgets lächerlich.“ Hier seien Verbesserungen gefragt. „Dabei darf es natürlich nicht bei einem Lippenbekenntnis bleiben.“

**Bernhard Wildt** (CDU) bedankte sich für die große Zustimmung bei dem Thema. „Es ist sehr beruhigend, dass das alle Fraktionen ähnlich sehen.“ Der Antrag sei vielleicht nur ein kleiner Schritt – „der aber große Wirkung haben kann, wenn es uns gelingt, mehr privates Kapital in diese Richtung zu mobilisieren.“

Antrag CDU/SPD  
Drucksache 7/5451

## Mehr Bäume ums Feld

Agroforst soll in MV eine stärkere Rolle spielen

■ **Schafe auf einer Apfelplantage. Weidenstöcke am Feldrand. Hühner auf Streuobstwiesen. Landwirte, die auf ihren Flächen landwirtschaftliche Produktion mit dem Anbau von Bäumen oder Sträuchern kombinieren – und damit sogenannten Agroforst betreiben – sind in MV noch selten. Um das zu ändern, schlugen die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD vor, Agroforstsysteme ab der nächsten EU-Förderperiode (2021 bis 2027) in den Katalog der förderfähigen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen aufzunehmen. Und erhielten dafür breite Zustimmung.**

**Thomas Würdich** (SPD) hob in seiner Antragsbegründung die ökologisch und ökonomisch positiven Wechselwirkungen von Agroforstsystemen hervor. Dazu gehörten Biodiversität, Schutz vor Erosion, Wind und Verdunstung sowie eine bessere Wasser- und Nährstoffversorgung. „Agroforstsysteme sind kleine Multitalente und können eine wichtige Rolle spielen, um eine landwirtschaftliche Produktion zu sichern und gleichzeitig den Anforderungen an Klima- und Umweltschutz zu entsprechen.“ Er verhehlte nicht, dass es auch Nachteile gebe – langfristige Investitionen, mehr Bewirtschaftungsaufwand oder Konkurrenz um Wasser, Nährstoffe und Licht, zum Beispiel. „Ungeachtet dessen überwiegen für uns die Vorteile.“ Deshalb sei es an der Zeit, Agroforstsysteme zu fördern. „Das EU-Recht gibt es eindeutig her.“ Er räumte ein, dass der Antrag einen längere Abstimmungsphase mit dem Koalitionspartner hinter sich habe. „Nun liegt er aber vor und wir hoffen, dass Agroforstsysteme künftig einen kleinen Teil dazu beitragen können, unsere Landwirtschaft zukunftssicherer aufzustellen.“

Foto: Jens Büttner



Der Stil des Schlosses erinnert an die englische und venezianische Gotik.





Der klassische Ackerbau soll zukünftig stärker mit der Forstwirtschaft in Form eines Agroforstsystems kombiniert werden.

Ein Ansinnen, das Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** unterstützte. Agroforstsysteme stellen einen nützlichen Beitrag im Agrarbereich dar, etwa in puncto Klimaneutralität. Nun brauche es praktische Beispiele im Land. Deshalb werde er landeseigene Flächen dafür bereitstellen. „Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass eine ganze Reihe von Landwirtschaftsbetrieben mittlerweile sehr daran interessiert ist, den Prozess der Agroforstsysteme zu unterstützen.“ Auch das Bundeslandwirtschaftsministerium stehe einer Förderung offen gegenüber und sehe vor, Agroforstsysteme in die Strategiepläne der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) aufzunehmen. An diesem Punkt reichten sich Landwirtschaft und Umweltgedanke die Hände, um kooperativ zusammenzuarbeiten, so Backhaus. Ideen, die auch der Bauernverband inzwischen aufgreife. „Ich glaube, damit leisten wir einen sehr wertvollen Beitrag für die Allgemeinheit, aber auch für die Landbewirtschaftung.“

Die AfD hielt es für fragwürdig, wertvolle Anbauflächen aus der Produktion zu nehmen. „Nordeuropa, insbesondere der Ostseeraum, sind Gunststandorte des Ackerbaus“, sagte **Ralf Borschke**. Nirgendwo sonst würden derartige Spitzenerträge erreicht wie hier. „Die konventionelle Landwirtschaft sichert unsere Ernährungsgrundlage ab. Und mit unserer Exportfähigkeit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Welternährung. Das ist Humanismus, den nur eine marktwirtschaftliche Wirtschafts-

ordnung leisten kann.“ Was nicht bei uns produziert werde, müsse woanders herkommen. „Wie das aussieht, ist auch bekannt: Wälder werden gerodet, Grundwasservorkommen erschöpft, ganze Landstriche durch fachlich falschen Ackerbau zerstört.“ Auch die Kosten der Agrartransformation stünden in keinem Verhältnis zu den erreichten Umweltleistungen. Seine Fraktion betrachte Ökomaßnahmen daher als ergänzende, Nischen füllende Maßnahmen. „Es kann nicht angehen, eine Erfolgsbilanz durch Ideologien zu ersetzen.“

**Burkhard Lenz** (CDU) verhehlte nicht, dass der Antrag ein besonderer Wunsch des Koalitionspartners gewesen sei. „Für meine Fraktion steht fest, dass die Aufnahme eines neuen Programms nicht zulasten anderer Programme, die sich bewährt haben, gehen darf.“ Er frage sich, wie das Erntegut aus Agroforstsystemen auf dem Markt etabliert werden solle. „Aktuell sind die Holzpreise im Keller.“ Eine positive Entwicklung sei nicht absehbar. „Eines kann ich Ihnen versichern: Den indirekten Zwang zur Einführung von Agroforstsystemen über die Verpachtung von landeseigenen Flächen wird meine Fraktion ablehnen!“ Bei aller Notwendigkeit für Klima-, Tier- und Umweltschutz müssten Landwirte am Ende des Tages von ihrer Arbeit leben können. Das sei in den vergangenen Jahren durch immer höhere Auflagen bereits immer schwieriger geworden. Er forderte, die Direktzahlungen auf hohem Niveau beizubeh-

alten. Zunehmende gesellschaftliche Forderungen dürften nicht zulasten einzelner Berufsgruppen gehen, sondern müssten durch die Gesamtgesellschaft getragen werden.

Moderne Agroforstsysteme in MV zu etablieren, sei ganz in ihrem Sinne, erklärte **DIE LINKE**. „Für uns bieten sie die Lösung vieler Probleme in der Landwirtschaft“, so **Dr. Wolfgang Weiß**. „Sie können zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele beitragen, aber auch zur betriebswirtschaftlichen Stabilisierung der Agrarbetriebe.“ Er betonte, dass Agroforstsysteme keine neue Erfindung seien, sondern in südlichen Gefilden zum traditionellen Anbausystem gehörten. In Deutschland seien die Gräben zwischen Land- und Forstwirtschaft jedoch „tief und schwer zu überwinden“. Gehölze mit Agrar- und Grünlandnutzung oder Tierhaltung zu kombinieren, sei in der Fördersystematik nicht vorgesehen. MV solle hier mit gutem Beispiel vorangehen. „Wir sollten die Bremse für Agroforstsysteme so schnell wie möglich lösen und erwarten auch von der Bundesregierung mehr als nur das Aufzeigen von Möglichkeiten.“

MV habe an vielen Stellen noch Insekten, die es deutschlandweit nirgendwo sonst mehr gebe. „Der Naturreichtum ist da. Aber der droht zu verschwinden. Und wenn wir wollen, dass er nicht verschwindet, brauchen wir eine Vernetzung der Biotope“, warb SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger** um Zustimmung zum Antrag. Eine zweite Möglichkeit seien Feldhecken. Früher hätten sie Felder miteinander verbunden. Dann sei die Landschaft aber so gestaltet worden, dass sie mit großen Maschinen bewirtschaftet werden kann. „In den letzten 150 Jahren sind 3000 Kilometer Feldhecke aus diesem Land verschwunden. 3000 Kilometer!“ Aus ökonomischer Sicht nachvollziehbar. Für den Erhalt der Artenvielfalt sei ein ökologischer Verbund jedoch unabdingbar.

Antrag SPD/CDU  
Drucksache 7/5452

## (K)ein Land zum Darben

Abgeordnete uneins über wirtschaftliche Entwicklung von MV

■ **Geringe Einkommen, niedrige Renten, viele Arbeitslose: Die Politik der Landesregierung hemmt nach Ansicht der AfD die Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Befürchtung: Das Land könnte zum Armenhaus von Deutschland werden. Dazu gab es aus den Reihen der anderen Fraktionen breiten Widerspruch.**

„Wir haben den provokanten Titel der Aussprache ‚Mecklenburg-Vorpommern nicht zum Armenhaus von Deutschland machen‘ unter dem Eindruck der Haushalts- und Finanzpolitik, ja eigentlich auch der Anti-Corona-Politik der Landesregierung gewählt“, argumentierte **Dr. Gunter Jess** (AfD). Er erinnerte daran, dass seit der Wende mehr als 300.000 Menschen das Land verlassen hätten. „Das erfüllt uns mit großer Sorge.“ In der bundesweiten Arbeitslosenstatistik stehe MV seit Jahren an der Spitze. Die Wirtschaft entwickle sich nur unzureichend, entsprechend niedrig seien Löhne und Renten. Die Zahl psychischer Erkrankungen steige. „Das sollte ein Alarmsignal sein.“ Mit den beiden Nachtragshaushalten für 2020 wachse der Berg aus Schulden, Bürgschaften und nicht gedeckten Versorgungslasten auf 24 Milliarden Euro an. „Mit welcher Berechtigung belastet die Landesregierung die kommenden Generationen in unserem Land derart verantwortungslos mit Schulden?“ Als stärkste Kraft der parlamentarischen Opposition sei es Aufgabe seiner Fraktion, auf drohende Fehlentwicklungen hinzuweisen.

„Wenn es für den Haushalt nicht so schwierig wäre, müsste man Sie glatt zum Depressionsbeauftragten der Landesregierung ernennen“, entgegnete Finanzminister **Reinhard Meyer** (SPD). Die AfD habe ein Sammelsurium an altbekannten Dingen aufgezählt, dabei aber vergessen, Vergleiche zwischen

den 1990er-Jahren und heute zu ziehen. Zum Beispiel bei der Arbeitslosenquote, die sich von 24 auf 7,6 Prozent reduziert habe. Heute brauche das Land dringend Fachkräfte. Auch in puncto Wirtschaftskraft habe MV viele Fortschritte erzielt. „Insofern bitte ich doch darum, dass man sagt: Das Glas ist halb voll.“ Er warf der AfD vor, zu ihren Kritikpunkten keine Lösungsansätze vorgebracht zu haben. Stattdessen „Glas halb leer“-Formeln und Zustandsbeschreibungen ohne Vergleiche. „Damit werden Sie niemanden motivieren, positiv auf das Land zu schauen. Aber vielleicht ist das auch Ihre Absicht, nach dem Motto: Soll es den Leuten doch dreckig gehen. Vielleicht wählen sie dann die AfD. Da werden wir, das sage ich Ihnen deutlich, dagegen halten.“

Eine Interpretation, der sich **Torsten Koplin** (DIE LINKE) anschloss. „Welche Alternative hätten wir denn jetzt? Sollen wir sagen, wir halten das Portmonee des Landes zu und gefährden die Gesundheit der Bevölkerung? Oder setzen die Existenz von Unternehmen, Arbeitsplätzen und somit auch die Existenz von zahllosen Familien aufs Spiel?“ MV sei mitnichten ein armes Land. „Aber ein Land, in dem es Armut gibt.“ Nahezu jedes dritte Kind lebe in Armut oder Armutsnähe und mehr als fünf Prozent der Senioren benötige Grundsicherung. Damit dürfe man sich nicht abfinden. „Einer solchen Situation muss der Kampf angesagt werden.“ Vor diesem Hintergrund wüsste er sich mehr Reflexion darüber, wie MV langfristig betrachtet wieder aus den Schulden herauskommen werde. „Die Frage ist: Wer zahlt das alles?“ Seine Fraktion sehe hier vor allem „die Reichen und Superreichen“ in der Pflicht. „Das heißt für uns, dass es notwendig ist, eine Vermögensabgabe einzuführen.“ Nach dem Motto: Starke Schultern müssen starke Lasten tragen.

Bei allem noch existierenden Handlungsbedarf kam **Maika Friemann-Jennert** (CDU) in der Betrachtung der AfD eines zu kurz: die positive Entwicklung der vergangenen Jahre. „Seit 2015 sind die Renten in den neuen Bundesländern um 22,8 Prozent gestiegen.“ Die Bruttostandardrente habe sich um rund 280 Euro erhöht. Die durchschnittlichen Löhne seien ebenfalls sichtbar gestie-



Foto: Landtag MV

Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist in Mecklenburg-Vorpommern jeder Fünfte von Armut bedroht und auf Hilfen wie warme Mahlzeiten angewiesen.

gen. Und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten habe seit 2013 um rund 50.000 Arbeitsplätze zugenommen. Sie gehe davon aus, dass der Nachtragshaushalt die Auswirkungen der Pandemie gut auffangen und MV seine positive Entwicklung fortsetzen werde. Dem Redebeitrag der AfD habe sie dagegen nichts Konstruktives entnommen. „Eines möchte ich persönlich ganz klar sagen. Selbst beim guten Recht oppositioneller Kritik: In dieser Zeit spalten Sie die Bevölkerung, anstatt zum so notwendigen Zusammenhalt in MV beizutragen. Man kann Ihnen das Feld keineswegs auch nur einen Millimeter überlassen.“

Für **Holger Arppe** (fraktionslos) ist der Kapitalismus die Wirtschaftsordnung, die mehr Wohlstand geschaffen und Armut gemindert habe, als jede andere Wirtschaftsordnung zuvor. „Es sollte alles getan werden, um das freie Unternehmertum in MV zu fördern und zu unterstützen.“ Unnötige Regelungen sollten abgeschafft und „dieser Lockdown am besten auch so schnell wie möglich wieder abgeblasen werden.“

„Worüber reden wir hier eigentlich?“ Der Zweck der Aussprache habe sich ihm nicht erschlossen, resümierte Jochen Schulte (SPD). Die AfD habe einen historischen Abriss geliefert, MV vom Land zum Leben zum Land zum Darben gemacht und der SPD vorgehalten, eine Politik zu betreiben, die für alle Gleichheit in Armut bedeuten würde. „Was ist denn jetzt der Vorschlag der AfD?“ In der aktuellen Situation keine zusätzlichen Schulden aufzunehmen? „Da frage ich mich natürlich: Was hätten wir dann gemacht?“ Er erwarte von einer Aussprache mehr Substanz.

## Meldungen

### Neuer Medienstaatsvertrag

Warum platziert Facebook einen Eintrag prominenter als andere? Wie funktionieren die Such-Algorithmen bei Google? Wer Medieninhalte Dritter verbreitet, muss künftig leicht auffindbar Auskunft darüber geben, nach welchen Regeln Inhalte sortiert werden. So sieht es der neue Medienstaatsvertrag vor, der am 7. November in Kraft getreten ist. Der Medienstaatsvertrag löst den Rundfunkstaatsvertrag ab. In mehr als 120 Paragrafen regelt das Gesetz die Rechte und Pflichten aller Medienanbieter in Deutschland und schließt damit auch Anbieter wie Facebook und Google, Smart-TVs, Sprach-Assistenten, Videostreamer und Blogs mit ein. Die umfangreichen Vorgaben sehen unter anderem vor, dass Sendungen für Kinder nicht durch Rundfunkwerbung unterbrochen werden dürfen und öffentlich-rechtliche Medieninhalte auf den Benutzeroberflächen von Smart-TVs leicht zu finden sein müssen. Die neuen Vorgaben befreien zudem viele Live-Streamer von einer Rundfunklizenzpflicht: Diese wird erst dann erforderlich, wenn sie im Durchschnitt von sechs Monaten mehr als 20.000 gleichzeitige Nutzer erreichen. Bislang galt eine Grenze von 500 Nutzern. SPD, CDU und DIE LINKE stimmten dem Medienstaatsvertrag zu. Für die AfD privilegiere das Regelwerk den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Sie lehnte den Gesetzentwurf ebenso wie der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe ab. Christel Weißig (fraktionslos) enthielt sich der Stimme. Damit der Staatsvertrag in Kraft treten kann, mussten neben den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auch alle Länderparlamente zustimmen. MV stimmte dem Vertrag als letztes Bundesland zu.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/5241  
Beschlussempfehlung  
Innenausschusses  
Drucksache 7/5466*

### Personalwechsel in der Parlamentarischen Kontrollkommission



*Abgeordneter Ralf Mucha (SPD)*

*Foto: SPD Fraktion*

Die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) hat ein neues Mitglied: Ralf Mucha (SPD). Er wurde mit 37 Ja-Stimmen zum Nachfolger von Dirk Friedrich gewählt. Der SPD-Politiker hatte im Oktober seinen Posten in dem Gremium niedergelegt und damit eine Neuwahl erforderlich gemacht. 17 Abgeordnete stimmten in der geheimen Wahl mit Nein, 3 Abgeordnete enthielten sich. Aufgabe der Parlamentarischen Kontrollkommission ist es, die Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zu kontrollieren. Sie besteht aus fünf Mitgliedern, die der Landtag zu Beginn einer Wahlperiode aus seiner Mitte wählt. Das Gremium setzt sich nun wie folgt zusammen: Thomas Krüger (SPD), Ralf Mucha (SPD), Jörg Kröger (AfD) und Ann Christin von Allwörden (CDU). Der Platz der Fraktion DIE LINKE ist nach dem Ausstieg von Peter Ritter im Herbst 2018 derzeit nicht besetzt.

*Wahlvorschlag der SPD  
Drucksache 7/5454*

### Schulbus nicht generell kostenlos

Familien, deren Kinder keine örtlich zuständige Schule besuchen, müssen auch weiterhin für die Schülerbeförderung allein aufkommen. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten den Gesetzentwurf der AfD ab, Schüler generell kostenfrei zu befördern, unabhängig davon, ob sie die örtlich zuständige oder eine andere Schule besuchen. Die jetzige Regelung behandle Schüler ungleich und schränke insbesondere für sozial schwächere Familien die freie Schulwahl ein, begründete die AfD ihren Vorstoß. SPD und CDU

fragten sich, wer für die geschätzten Mehrkosten von sieben Millionen Euro im Jahr aufkommen solle. Sie führten zudem an, dass Eltern dann ihre Kinder womöglich auf sehr weit entfernte Schulen schicken könnten und das Land dafür zahlen müsse. DIE LINKE wandte ein, der Vorstoß erkläre ganz MV zu einem Schuleinzugsbereich – und damit alle Schulen zur örtlich zuständigen Schule. Im Ergebnis wäre Schulentwicklung unmöglich. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten unterstützen das Ansinnen der AfD.

*Gesetzentwurf AfD  
Drucksache 7/5261*

### Zuschüsse zum Altschulden-Abbau

Die kommunalen Wohnungsunternehmen können noch in diesem Jahr auf Gelder zum Abbau ihrer DDR-Altschulden hoffen. Der Landtag hat das Innenministerium beauftragt, ein entsprechendes Verfahren auf den Weg zu bringen, das das Landesförderinstitut berechtigt, die Anträge abzuarbeiten und Auszahlungen vorzunehmen. Dieser Auftrag ist Teil einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) – und wurde erst im Zuge der Beratungen im Ausschuss in den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen aufgenommen. Diese Altschulden resultieren vor allem aus Krediten der ehemaligen DDR-Staatsbank für ein Wohnungsbauprogramm. Verbindlichkeiten, die 1990 im Einigungsvertrag nicht gestrichen wurden. Dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen zufolge lasten auf den Wohnungsunternehmen in MV noch Altschulden von rund 435 Millionen Euro. Ursprünglich sah der Entwurf von CDU und SPD nur eine Änderung am Gesetz vor – und zwar, finanzschwachen Kommunen den Zugang zu Sonderzuweisungen zu erleichtern. Konkret sollen hilfsbedürftige Städte und Gemeinden vorerst nicht verpflichtet werden, ihre Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuern überdurchschnittlich anzuheben. Bislang müssen die Hebesätze für diese Realsteuern 20 Punkte über dem Durchschnitt von Vergleichskommunen liegen, bevor Sonderhilfen gezahlt werden. Das soll sicherstellen,

dass die Kommunen zuerst eigene Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. Die Corona-Krise setzt jedoch auch vielen Kommunen stark zu. Eine Situation, in der eine Anhebung der Hebesätze nicht vermittelbar sei, begründeten SPD und CDU ihren Gesetzentwurf. Nach der neuen Regelung erhalten Kommunen nun Spielräume, die Hebesätze für die Jahre 2021 und 2022 auf den Durchschnitt des Haushaltsvorvorjahres und für 2020 auf den Schnitt von 2017 festzusetzen. Damit wird eine bestehende Übergangsregelung für 2020 um zwei Jahre verlängert. Alle Änderungen wurden einstimmig angenommen.

*Gesetzentwurf CDU/SPD  
Drucksache 7/5278  
Beschlussempfehlung  
Innenausschuss  
Drucksache 7/5465*

## Kein landesweiter Personalschlüssel für Kitas

Wie viel Personal braucht eine Kita, um die Kinder in ihrer Einrichtung betreuen zu können? Diese Zahl, der sogenannte Personalschlüssel, wird nach einem Schema ermittelt, deren Grundlagen die Landkreise und kreisfreien Städte in eigenen Satzungen festlegen. Das bedeutet: Er kann von Landkreis zu Landkreis vari-

ieren. Das muss sich nach Meinung der Linken ändern – zunächst hin zu einem landesweit einheitlichen und realistisch angesetzten Maßstab. An den dann eine Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation anknüpfe, die wiederum in mehr Ausbildungsplätze für Erzieher münde. Ziel des Antrags: eine bessere Kinderbetreuung. Ein Ansinnen, zu dem die AfD in einem Änderungsantrag konkrete Zahlen für Personalschlüssel und Fachkraft-Kind-Relationen vorlegte. Die CDU räumte einen hohen Fachkräftebedarf ein, verwies aber auf bereits angeschobene Maßnahmen. Für den Personalschlüssel seien ohnehin die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig. Da könne man als Land nicht ohne weiteres ansetzen. Offen bleibe auch die Frage der Finanzierung. Dem schloss sich die SPD an. Zudem dürfe nicht vergessen werden, dass MV in Sachen Betreuungsquoten, dem Betreuungsumfang, Anzahl der Kitaplätze und Fachkräfte bundesweit Spitzenplätze einnehme. Sozialministerin Stefanie Drese erläuterte, bereits an einer Fachkräfteoffensive zu arbeiten. Beide Anträge fielen bei den Koalitionsfraktionen durch. DIE LINKE und die AfD stimmten ihren Anträgen jeweils gegenseitig nicht zu.

*Antrag DIE LINKE  
Drucksache 7/5457  
Änderungsantrag AfD  
Drucksache 7/5503*



Die Fachkraft-Kind-Relation definiert wie viele Kinder eine Erzieherin oder ein Erzieher betreut.

## Ein Landesbeauftragter für die Polizei

MV soll einen Beauftragten für die Landespolizei erhalten. Zugeordnet werden soll diese Aufgabe dem Bürgerbeauftragten des Landes. Dafür soll er eine zusätzliche Personalstelle erhalten. Jahresgehalt: 85.000 Euro (A14) bis 90.000 Euro (E14). Das sieht ein Gesetzentwurf vor, den die Landesregierung im Oktober zur ersten Lesung einbrachte. Beschäftigte der Polizei können sich demnach ohne Einhaltung des Dienstwegs an den Beauftragten wenden, um zum Beispiel Verfehlungen von Kollegen zu melden. Darüber hinaus soll das Landesbereitschaftspolizeiamt umbenannt werden in Landesamt für polizeiliche Einsatzunterstützung. Ihm soll neben den Einsatzhundertschaften, der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, der technischen Einsatzeinheit und der Diensthundeschule künftig auch das Spezialeinsatzkommando (SEK) angehören. Bislang ist es dem Landeskriminalamt zugeordnet. Die Veränderungen gehen zurück auf Vorschläge einer unabhängigen Untersuchungskommission, die sich mit rechts-extremen Vorfällen beim SEK beschäftigt hatte. Die SPD sah in einem Landesbeauftragten für die Polizei eine „sinnvolle Einrichtung“. Für die CDU hätte es diesen Posten nicht gebraucht: Aufgrund seines weit gefassten Aufgabenbereichs, sei der Bürgerbeauftragte schon immer auch Ansprechpartner für Polizisten gewesen. Die Stelle schade aber auch nicht, weil sie Befugnisse präzisiere. Die AfD lehnte das Ansinnen ab. Polizisten stünden bereits viele Möglichkeiten offen, um sich gegen Fehlverhalten von Kollegen zu wehren. Zum Beispiel über Führungs- und Teamfeedbacks, Gewerkschaften, die Gleichstellungsbeauftragte oder Dienstaufsichtsbeschwerden. Sie forderte, das Geld für die neue Stelle lieber in Polizeianwärter zu investieren. DIE LINKE kritisierte, dass der Zuständigkeitsbereich des Beauftragten auf Vorgänge aus dem innerpolizeilichen Bereich eingegrenzt werde. Am Ende der Debatte überwiesen die Abgeordneten den Gesetzentwurf einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/5449*



Foto: Jens Büttner

Landwirtschaftliche Nutzfläche kostet hierzulande im Schnitt mehr als 21.600 Euro pro Hektar, rund sechsmal so viel wie vor 20 Jahren.

## Bodenmarkt besser schützen

Die Entwicklung der Preise für landwirtschaftliche Nutzfläche kennt seit vielen Jahren nur eine Tendenz: nach oben. Damit muss Schluss sein, mahnte DIE LINKE. Der Bodenmarkt sei völlig intransparent und kaum noch zugänglich. Mindestens ein Drittel der gesamten Agrarfläche in MV sei inzwischen im Besitz von Investoren, die mit Landwirtschaft nichts am Hut hätten. Ausgangspunkt für die Diskussion im Landtag war ein Gutachten zum Bodenmarkt, das die Fraktionen der Linken in Bund und Ländern gemeinsam in Auftrag gegeben hatten – und nun den Aufhänger für die Aussprache bildete. Ihr Resümee: MV brauche ein Agrarstrukturgesetz inklusive Preisdeckel und Vorverkaufsrecht für Landwirte und die öffentliche Hand. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus erklärte, dass solch ein Gesetz bereits in der Schublade liege – er es aber nicht gegen den Willen des Berufsstands einbringen werde. Auch in Berlin gebe es eine Arbeitsgruppe zu dem Thema. Mit ersten Ergebnissen sei Anfang 2021 zu rechnen. Dem Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen müsse nach Auffassung der AfD eine Höfeordnung entgegengesetzt werden. Für die CDU beruht die Verschiebung von Kapital in Richtung Boden vor allem auf der Zins- und Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Wer regulierend in die

bestehende Bodenmarktentwicklung eingreifen wolle, müsse auch die Frage beantworten: „Was lösen wir damit aus?“ Dann fließe das Geld der Investoren vermutlich ins Ausland – was sicherlich auch wieder beklagt würde. Die SPD plädierte dafür, in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern ein Mustergesetz zu erarbeiten.

## Mehr elektronische Verwaltung

Öffentliche Auftraggeber in MV sind künftig dazu verpflichtet, elektronische Rechnungen anzunehmen. Gemeint ist damit nicht, statt Papier eine PDF-Datei zu verschicken. Bei einer E-Rechnung werden alle Angaben nach festgelegten Standards so in einem elektronischen Format erstellt und übermittelt, dass die Daten automatisch verarbeitet werden können. Mit dieser Vorgabe im E-Government-Gesetz erhält die digitalisierte Rechnungslegung einen klaren gesetzlichen Handlungsrahmen. Die entsprechende Änderung des Regelwerks ist ein weiterer Baustein auf dem Weg in eine digitale Verwaltung. Mit der Novelle schafft das Land zudem die Rechtsgrundlage für digitale Identitätsnachweise. Damit können Verwaltungen auch Dienstleistungen online anbieten, für die bisher ein persönliches Erscheinen und eine eigenhändige

Unterschrift erforderlich sind. Das E-Government-Gesetz des Landes resultiert aus dem Onlinegesetz des Bundes. Dieses verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, spätestens zum 1. Januar 2023 ihre Verwaltungsdienstleistungen auch online anzubieten. Übergeordnetes Ziel ist ein Portalverbund. Also eine Plattform für alle Anliegen – und zwar unabhängig davon, ob sie eine Bundes-, Landes-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung betreffen. MV ist im vergangenen Sommer mit einem Serviceportal online gegangen, dem Gemeinden, Ämter, Landkreise und ihre Behörden kostenfrei beitreten können. Die Abgeordneten stimmten dem Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig zu. Gleichwohl beklagte DIE LINKE Defizite bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung der Digitalisierung. Sie regte deshalb insbesondere für die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Verwaltung eine Digitalisierungsstrategie an. Sowie einen IT-Verbund, der Kommunen bei der Digitalisierung begleitet. Ihr Änderungsantrag wurde abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/4879  
Beschlussempfehlung  
Energieausschuss  
Drucksache 7/5475  
Änderungsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/5500*

# Laufende Gesetzgebung

Stand: 09.11.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/5256	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes	Bildungsaus- schuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5258	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5347	LReg.	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	Innen- und E uropaausschuss	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung
7/5348	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über den Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesordensgesetz - LOrdensG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung
7/5349	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Erster Medienänderungsstaatsvertrag)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 23.09.2020 in Beratung
7/5435 7/5477	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2020 und eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2021 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020) ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2021	Finanzausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5436	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020	Finanzausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5440	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5449 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 28.10.2020 in Beratung
7/5441	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 72 Absatz 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Konnexitätsausführungsgesetz M-V)	–	1. Lesung: 28.10.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5442	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 28.10.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5459	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Mecklenburg-Vorpommern (Strafvollzugsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - StVollzG M-V)	–	1. Lesung: 28.10.2020 Ablehnung der Überweisung

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 28. Oktober 2020 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4801 (neu)	Entwurf eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Änderung weiterer Gesetze des Justizvollzuges	LReg.	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Annahme
7/4879	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Annahme
7/5241	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland	LReg.	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Annahme
7/5257	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes (HintG M-V)	LReg.	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Annahme
7/5261	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	AfD	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Ablehnung
7/5262	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesrichtergesetz - RiG M-V)	AfD	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	zurückgezogen
7/5270	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	zurückgezogen
7/5278	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V)	CDU, SPD	1. Lesung: 26.08.2020 2. Lesung: 28.10.2020	Annahme

Stand: 09.11.2020

## Abschied

### Dr. Harald Ringstorff 1939 - 2020

Der Landtag MV trauert um den ehemaligen Abgeordneten und Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringstorff.

„Mit ihm verlieren wir einen großen Demokraten und Gestalter, dessen Name, Persönlichkeit und politisches Wirken tief mit unserem Land verbunden sind. Er hatte Tradition und Zukunft gleichermaßen im Blick und hat die Geschehnisse Mecklenburg-Vorpommerns und seiner Menschen auf einen guten Weg gebracht. Allen, die ihm nahestanden, gilt mein aufrichtiges Beileid.“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse.



Foto: Ulwe Sinnicker

## NSU und Verfassungsschutz

Ehemalige Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und früherer Leiter des Verfassungsschutzes M-V als Zeugen angehört

■ **Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss tagte am 16. Oktober im Plenarsaal des Schweriner Schlosses in 50. Sitzung. Auf der Tagesordnung standen die öffentlichen Zeugenvernehmung der beiden ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm und Dr. Hans-Georg Maaßen sowie des ehemaligen Leiters des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern, Elmar Ruhlich.**

Als erster Zeuge wurde Heinz Fromm vernommen, der das Bundesamt für Verfassungsschutz von 2000 bis 2012 leitete. In seine Amtszeit fallen alle zehn Morde und weitere schwere Straftaten des NSU. Bis heute stellt sich die Frage, warum die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden jahrelang in die falsche Richtung ermittelten und so die Rechtsterroristen ungestört morden konnten. Herr Fromm gab in der Befragung zu, dass Rechtsextremisten als mögliche Täter größtenteils außer Acht gelassen wurden. Warum dies so war, konnte er nicht begründen: „Das ist eine Frage, die mich bis heute beschäftigt“. Für Verwunderung bei den Abgeordneten sorgte auch seine Äußerung über die Ausgabe Nr. 18 des rechten Fanzines „Der Weisse Wolf“, in der dem NSU 2002 gedankt wird. Bisher mussten die Ausschussmitglieder aufgrund der Aktenlage und Mitteilungen des hiesigen Verfassungsschutzes davon ausgehen, dass dieses Heft in MV zum damaligen Zeitpunkt nicht vorlag. Dem widersprach Herr Fromm.

Im Anschluss erfolgte auch die Befragung von Dr. Hans-Georg Maaßen, der das Amt bis 2018 innehatte. Er war mit umfangreichen Reformen des Bundes-

amtes für Verfassungsschutzes nach der sogenannten Selbstenttarnung des NSU betraut. Bezogen auf MV stellte Maaßen fest: „Mecklenburg-Vorpommern hat eine Reihe von Problemen im Bereich Rechtsextremismus, und das schon seit längerem.“ Deutschlandweit sei zwar ein Rückgang der rechtsextremistischen Szene im Vergleich zur Jahrtausendwende zu verzeichnen, allerdings steige die Gewaltbereitschaft in besorgniserregendem Maße an.

Elmar Ruhlich wurde als letzter Zeuge vernommen. Er baute die Abteilung für Verfassungsschutz auf und leitete diese von 1995 bis 2001. Mitte der 1990er Jahre sollten Campingplätze auf rechtsextreme Treffen untersucht werden, so Ruhlich. Nach einer missglückten Kontaktaufnahme zu Campingplatzbetreibern, sei die Operation jedoch eingestellt worden. Im Nachhinein wurde bekannt, dass der NSU sich mehrfach auf Campingplätzen aufhielt, was den Zeugen in seiner damaligen Handlung bestärkte: „Hätten Sie uns damals nur weitermachen lassen. Vielleicht wären wir auf sie gestoßen“.

## Enquete-Kommission

Öffentliche Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung

■ **Die 9. Sitzung der Enquete-Kommission "Medizinische Versorgung" wurde aufgrund der Corona-Pandemie überwiegend als Videokonferenz durchgeführt. Nur wenige Kommissionsmitglieder nahmen im Plenarsaal an der Veranstaltung teil. Die Sitzung begann mit der Befragung von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung.**

Das erste Thema waren die im 2. Nachtragshaushalt des Landes MV für Gesundheitsausgaben eingestellten Mittel. Matthias Schult (Leiter des Referats Haushalt im Ministerium für Wirtschaft,

Arbeit und Gesundheit) erklärte, es seien Investitionen in verschiedenen Bereichen geplant. Für die Einzelförderung von Krankenhäusern seien 69,3 Millionen Euro eingestellt. Damit sollen unter anderem ein Hubschrauberlandeplatz in Parchim und eine Jugendpsychiatrie in Röbel gefördert werden. Weitere Mittel seien für den Ko-Finanzierungsanteil des Landes zum Krankenhauszukunfts-gesetz (26 Millionen Euro), für Gesundheitszentren und Fortbildung (19 Millionen Euro) sowie ein Sonderprogramm Gesundheit und Prävention (5 Millionen Euro) eingeplant.

Das zweite Thema betraf die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Landesregierung hinsichtlich der medizinischen Versorgung. Ina-Maria Ulbrich (Staatssekretärin im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung) führte aus, im Landesraumentwicklungsprogramm sei das Ziel enthalten, Krankenhausstandorte in Ober- und Mittelzentren zu verorten. Auf diese Zentren sei auch der ÖPNV-Landesplan zugeschnitten. Im ländlichen Raum gebe es zudem vermehrt Rufbusse als Zubringer in das Hauptverkehrsnetz. Dr. Manfred Hunz (Leiter des Referates Krankenhauswesen und Rehabilitation im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit) gab an, der Landeskrankenhausplan reflektiere auf den Landesentwicklungsplan und bei der Krankenhausplanung sei mit beratender Stimme stets ein Vertreter des Energieministeriums dabei. Auch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sei laut Frau Dr. Melanie Gahrau (Referatsleiterin Hochschulbau, Universitätsmedizin, Investitionen) in beratender Rolle in die Krankenhausplanung involviert. Dies betreffe vorwiegend die Universitätsmedizinen mit den Bereichen Forschung und Lehre. Kerstin Mieth (Referatsleiterin Pflege im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung) betonte, bei der Weiterentwicklung der Pflegesozialplanung des Landes sei die Einbeziehung der Ressorts, mit denen es entsprechende Schnittstellen gebe, gewährleistet.

Unter dem TOP 2 beschloss die Enquete-Kommission eine Empfehlung an die Landesregierung bezüglich der Fördermittelvergabe aus dem Krankenhauszukunfts-gesetz (KHZG).



## Ortsumgehung Waren

Petitionsausschuss informierte sich vor Ort

Der Petitionsausschuss traf sich am 22. Oktober in Waren an der Müritz, um mit Vertretern der Bürgerinitiative „Pro Ortsumgehung“ ins Gespräch zu kommen. Nachdem sich der Ausschuss zunächst in der Innenstadt an der B 192 einen Überblick zur Lärm- und Verkehrssituation verschafft hatte, wurde die Diskussion anschließend in der Regionalschule „Friedrich Dethloff“ fortgesetzt. Daran nahmen neben den Petenten auch Vertreter der Stadt Waren, des Straßenbauamtes Neustrelitz und des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung teil.

Die Petenten schilderten ihre jahrelangen Bemühungen, für die unmittelbar durch den Ort verlaufenden Bundesstraßen 192 und 108 eine Ortsumgehung zu erreichen. Da ein solches Projekt nur umgesetzt werden kann, wenn sein Bedarf im Bundesverkehrswegeplan festgestellt wurde, forderten sie für den aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2030 eine Nachmeldung.

Der Leiter des Straßenbauamtes Neustrelitz bestätigte die Notwendigkeit einer solchen Ortsumgehung, da am Tag durchschnittlich 25.000 Kraftfahrzeuge auf der B192 die Stadt Waren durchfahren und der Verkehrslärm an 250 Häuserfassaden die zulässigen Grenzwerte übersteige. Er verwies auf die überregionale Bedeutung der B192 im Straßenverkehrsnetz, da die B192 das Fehlen einer Autobahn in Ost-West-Richtung kompensiere und daher den gesamten Verkehr, insbesondere den Schwerlastverkehr, aufnehme.

Zwar war die Ortsumgehung bereits Bestandteil der Bundesverkehrswegeplanung, als sich jedoch im Jahr 2013 die Mehrheit der Einwohner Waren im Rahmen eines Bürgerbeteiligungs-



Die Mitglieder des Petitionsausschusses verschaffen sich einen Überblick zur Lärm- und Verkehrssituation in der Innenstadt von Waren.



Die Teilnehmer der Ortsbesichtigung in Waren (Müritz) diskutieren die weiteren Möglichkeiten, die zur Umsetzung einer Ortsumfahrung bestehen.

verfahrens gegen die Ortsumgehung aussprach, wurden die Planungen gestoppt und eine Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan unterlassen. Gegenstand der Bürgerbeteiligung war dabei bereits eine konkrete Variante der Ortsumführung gewesen, nämlich die Trassenführung über den teils noch innerorts, teils nördlich von Waren gelegenen Tiefwaren See.

Hierzu führten die Vertreter der Stadt Waren aus, dass die Mehrheit der Warener Bürger grundsätzlich eine Ortsumgehung befürwortet hätte, den Bau einer Brücke durch den Tiefwarensee jedoch ablehne. Weiterhin informierten sie darüber, dass die Stadtvertretung nunmehr beschlossen habe, erneut die

Möglichkeit einer Ortsumgehung überprüfen zu lassen, wobei zunächst alle Varianten noch einmal geprüft werden sollten. Da der Bundesverkehrswegeplan 2030 bereits 2016 festgestellt wurde, verwies der Vertreter des Energieministeriums auf die rechtlichen Hürden, die mit einer Abweichung vom Bedarfsplan verbunden seien. Für den Fall, dass daher eine sogenannte Nachmeldung zum aktuellen Bundesverkehrswegeplan nicht mehr möglich sei, komme allein die Anmeldung zum künftigen Bundesverkehrswegeplan 2045 in Betracht, die spätestens bis zum Jahr 2028 erfolgen müsse.

Im Anschluss an eine intensiv geführte Diskussion wies der Vorsitzende des Pe-

titionsausschusses, Manfred Dachner, darauf hin, dass sich der Petitionsausschuss beraten werde.

In Auswertung der Ortsbesichtigung ist der Petitionsausschuss in seiner darauffolgenden Sitzung am 19. November zu dem Ergebnis gekommen, dass die derzeitige Verkehrssituation in Waren sowohl für die Anwohner der B192 als auch für die Verkehrsteilnehmer, die diese Strecke nutzen, unzumutbar ist. Zugleich wurde aber auch darauf hingewiesen, dass die seinerzeit geplante Variante der Ortsumgehung, die den Bau einer Brücke über den Tiefwarensee vorsieht (Variante 1), neue Beeinträchtigungen für Anwohner sowie naturschutzfachlicher Art an anderer Stelle verursachen könnte. Daher hat sich der Petitionsausschuss mit weiteren Fragen an die Stadt Waren und das Landesstraßenbauamt gewandt, die die Realisierbarkeit alternativer Streckenführungen um den Tiefwarensee herum betreffen. Das Petitionsverfahren wird daher noch fortgeführt

## Agrarpolitik 2021-2027

Fachkommission  
für natürliche Ressourcen  
des Ausschusses der Regionen  
verabschiedete Stellungnahme

■ Am 23. November wirkte Tilo Gundlack, MdL an der online ausgerichteten, fünften Sitzung der Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) mit.

Die NAT-Mitglieder unter Teilnahme eines Vertreters der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission führten eine allgemeine Debatte über die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durch.

In ihrer verabschiedeten Stellungnahme zur „Agroökologie“ reagieren die Mitglieder der Fachkommission NAT auf die 2018 von der EU-Kommission

vorgeschlagenen Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“, F2F) und „Biodiversität“, die einen wesentlichen Wandel der Agrarpolitik erfordern. Sie bringen zum Ausdruck, dass die derzeit verhandelte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in ihren Kernpunkten den Herausforderungen nicht gerecht werde. In ihrer Stellungnahme schlagen sie vor, dass mindestens 30% der Haushaltsmittel der ersten Säule auf europäischer Ebene den Öko-Regelungen jedes nationalen Strategieplans zugewiesen werden.

Neben der Empfehlung der Aufnahme der quantitativen Ziele aus der F2F-Strategie in die Öko-Regelungen der GAP hinsichtlich des Einsatzes von Dünger, chemischen Pestiziden und Antibiotika, unterbreiten sie verschiedene Vorschläge zur Förderung agroökologischer Verfahren:

- Diversifizierung der angebauten Kulturen
- Lange Fruchtfolgen und günstig Pflanzenkombinationen
- Bäume, Hecken und Teiche, natürliche steinige Lebensräumen um bzw. in den Parzellen
- Anbau von Hülsenfrüchtlern (Leguminosen) für die natürliche Stickstoffbindung im Boden
- Mischung von Arten und Sorten auf der gleichen Parzelle
- Gute und ständige Bodenbedeckung, die die Bodenerosion verhindert
- Wiederverwendung von lokalem bäuerlichen Saatgut und an die Region angepassten Tierrassen
- Mischkultur-Viehhaltung
- Integrierter Pflanzenschutz statt chemischem Schutz von Kulturpflanzen

Demgegenüber weisen sie u.a. darauf hin, dass die Direktzahlungen, die vornehmlich an kleine und mittlere Betriebe fließen sollten, pro landwirtschaftlicher Arbeitskraft zugewiesen werden sollten anstatt weiterhin pro Hektar, damit ein Gefüge kleiner und mittlerer Betriebe entstehen und die Ansiedelung von Jungwirten im Sinne einer Belebung des ländlichen Raums zunehmen kann.

Die verabschiedete Stellungnahme hebt die Rolle von Erzeugergemeinschaften und lokaler Zusammenschlüsse kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Be-

triebe für eine gerechtere Vergütung der Arbeit der Landwirte hervor. Die Agrarökologie stärke dank der Förderung kurzer Versorgungsketten und Gemeinschaftsverpflegung auf Basis lokaler Bioprodukte den Zusammenhalt zwischen ländlichen, stadtnahen und städtischen Gebieten. Die Mitglieder geben außerdem zu Bedenken, dass die Digitalisierung den Umgang mit bestimmten Produktions- und Vermarktungsverfahren zwar erleichtern kann, die weit verbreitete Entwicklung automatisierter und vernetzter landwirtschaftlicher Maschinen aber die Frage der Datenhoheit aufwirft.

Die Stellungnahme weist zudem darauf hin, dass die Senkung der Treibhausgase in der Landwirtschaft heute die einzig gangbare Option sei. In der Viehwirtschaft müssen aus ihrer Sicht die Produktionsverfahren eine positive ökologische Funktion erfüllen, insbesondere durch den Erhalt von Weideflächen und Pflege der Waldflächen bei gleichzeitiger Senkung des Fleischkonsums, die zur öffentlichen Gesundheit beitragen. Daneben regen die Mitglieder der Fachkommission mit Bezug auf das vom deutschen EU-Ratsvorsitz vorgeschlagene Tierwohlkennzeichen eine klare und verbindliche Kennzeichnung der Haltungsform analog zur Kennzeichnung von Eiern an neben der Ausweitung der Konditionalität auf eine Obergrenze zur Tierbesatzdichte und einer schrittweisen Aufgabe der industriellen bodenunabhängigen Haltung von Schweinen und Geflügel. Des Weiteren wird empfohlen, die Rechte der landwirtschaftlichen Lohnarbeitskräfte zu achten (soziale Konditionalität), und Abfälle wie Brauchwasser oder Getreidestroh als Ressource anzusehen.

Die Stellungnahme fordert die EU auf, sowohl die Einfuhr von Agrarerzeugnissen einzustellen, die nicht den sozialen und ökologischen Produktionsstandards Europas einschließlich der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ entsprechen und in unlauterem Wettbewerb zu europäischen Produkten stehen, als auch die Ausfuhr von Überschüssen zu unterhalb der europäischen Produktionskosten liegenden Preisen, die die Erzeuger in Drittstaaten häufig in den Ruin treiben.



Foto: Jens Büttner

Nachdem Torsten Renz (CDU) gegenüber Landtagspräsidentin Birgit Hesse den Amtseid abgelegt hat, darf er das Amt des Ministers für Inneres und Europa ausüben.

## Neuer Innenminister

Torsten Renz vereidigt

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 27. November Torsten Renz als neuen Minister für Inneres und Europa vereidigt.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte zuvor Torsten Renz in der Staatskanzlei als neuen Minister ernannt. Der 56-Jährige ist seit 2002 Mitglied des Landtages. Im Februar 2020 hatte er den Vorsitz der CDU-Fraktion übernommen. Er folgt als Minister auf Lorenz Caffier, der am 17. November aufgrund öffentlicher Kritik im Zusammenhang mit dem Kauf einer Waffe bei einem mutmaßlichen Rechtsextremisten sein Amt niedergelegt hatte. Neuer Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion ist Wolfgang Waldmüller. Franz-Robert Liskow ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion.



Foto: Uwe Sinnécker

Thomas Krüger (li., Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion) und Wolfgang Waldmüller (Mitte, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion) gratulieren Innenminister Torsten Renz.

### Politische und gesellschaftliche Funktionen

seit 1999	Mitglied der Stadtvertretung Güstrow
1999 - 2011	Mitglied des Kreistages Güstrow
seit 2010	Vorsitzender Güstrower Sportclub 09 e.V.
seit 2011	Mitglied des Kreistages Landkreis Rostock
seit 10/2013	Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Landkreis Rostock

## Der Eid, der nie geleistet wurde

Vor 30 Jahren amtierte Friedhelm Maier als erster Landtagsdirektor

■ Im Oktober 2020 jährte sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: **Friedhelm Maier, der erste Landtagsdirektor Mecklenburg-Vorpommerns.**

Friedhelm Maier schätzt sich heute noch glücklich, dabei gewesen zu sein. Er war 1990 nur wenige Monate als Aufbauhelfer für die Parlamentsverwaltung in Schwerin. Im Oktober und November vor 30 Jahren amtierte er als erster Landtagsdirektor.

Maier arbeitete 1990 als Leiter einer Unterabteilung der Wissenschaftlichen Dienste im Bundestag in Bonn. „Offenbar wollte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth die Aufbauhilfe für die Parlamente der neuen Bundesländer nicht allein den Landtagen der alten Bundesländer überlassen“, erinnert sich Maier. Im September 1990 fragte ihn ein Vorgesetzter, ob er dabei mitmachen wolle. „Da ich in Berlin studierte hatte, war Potsdam meine erste Wahl“, erzählt Maier. Die für Brandenburg auserkorene Landeshauptstadt aber war bereits an einen Kollegen „vergeben“. Maier entschied sich für Schwerin – und schaute auf einer Landkarte nach, wo die Stadt liegt. „Das zeigt schon, wie wenig wir im Westen über die DDR wussten.“ Seine



Friedhelm Maier

Foto: Andreas Frost

Familie hatte keinerlei Verwandtschaft in der DDR. So kannte er nur Ost-Berlin, das er als Student häufiger von West-Berlin aus besucht hatte.

Zwei Tage später kam er in der Stadt der sieben Seen an und stellte sich beim Landesbeauftragten für die drei DDR-Nordbezirke, Martin Brick, vor. „Sie kommen viel zu spät“, konstatierte Brick, der später Landwirtschaftsminister wurde. Die Einschätzung Bricks kann Maier im Nachhinein nicht teilen. Es gab bereits einen zwölfköpfigen Aufbaustab für den Landtag, der laut Maier, hervorragende Arbeit leistete.

Dennoch war seine Mitarbeit willkommen, so Maiers Eindruck. Er galt als „der Herr Maier aus Bonn“, der alles weiß. „Ein Problem war, dass ich – im Gegensatz zu den Erwartungen der Leute vor Ort – nicht alles wusste.“ Es fiel ihm nicht immer leicht, mit diesem Vertrauensvorsprung umzugehen. Häufiger kontaktierte er per Fernschreiber Kollegen in Bonn, dass sie ihn anrufen mögen, um Hilfestellung zu leisten. „Telefonieren von Ost nach West war schwieriger als umgekehrt“, erinnert sich Maier.

Schwerin machte auf ihn einen angenehmen Eindruck. Mit dem Büchlein „Spaziergänge in Schwerin“ des Schriftstellers Jürgen Borchert in der Hand schlenderte er durch die Stadt. „Ich hatte Sympathien dafür, dass Schwerin wieder Landeshauptstadt wird“, erzählt Maier, „ich habe das innerlich unterstützt“.

In den Tagen vor der entscheidenden zweiten Landtagssitzung am 27. Oktober 1990 offenbarten ihm mehrere der frisch gewählten Landtagsabgeordneten jedoch, sie würden die zwischen Schwerin und Rostock immer noch offene Hauptstadt-Frage in geheimer Abstimmung klären wollen. „Herr Maier aus Bonn“ wies darauf hin, dass es um eine Sachentscheidung ging. Sachentscheidungen würden – anders als Wahlen – für gewöhnlich in Parlamenten offen getroffen. Die Politiker ließen sich nicht überzeugen. Maier fand zum Glück rechtzeitig eine Lösung für das formale Dilemma. Er erinnerte sich, dass auch im Deutschen Bundestag 1949 geheim darüber abgestimmt wurde, ob Bonn oder Frankfurt Bundeshauptstadt werden soll.

Darum fand sich in der ersten Geschäftsordnung des neuen Landtags eine Regelung, laut der drei Abgeordnete eine geheime Abstimmung beantragen und die Mehrheit dies beschließen konnte. Ein solcher Antrag wurde am 27. Oktober 1990 aber nicht gestellt. Landtagspräsident Rainer Prachtl verkündete vor der Abstimmung über die Hauptstadt lediglich, die Fraktionen hätten sich im Vorfeld auf die geheime Variante geeinigt. Der Passus war lediglich für die Hauptstadt-Entscheidung in der Geschäftsordnung aufgenommen worden. Gestrichen wurde die Regelung erst 2006 – auch wenn sie nie mehr angewandt wurde.

Ein ähnliches parlamentarisches „Schattendasein“ durchlebte die sogenannte

Verpflichtung der Abgeordneten, an die sich Maier erinnert. Im Entwurf für die erste Geschäftsordnung stand im Oktober 1990 ein Paragraf 2, laut dem der Landtagspräsident alle Abgeordneten mit einem Eid auf die Verfassung und per Handschlag verpflichten sollte, dass sie dem Land uneigennützig und unbestechlich dienen. Es handelte sich offenbar um einen Vorschlag der Berater aus Schleswig-Holstein. Im Kieler Landtag wird dieses Ritual noch heute vollzogen. Friedhelm Maier hielt es 1990 für Mecklenburg-Vorpommerns Parlament für überflüssig und strich es aus dem Entwurf.

Er war längst nach Bonn zurückgekehrt, als der Landtag in Schwerin im März 1991 eben jene Verpflichtung wieder in seine Geschäftsordnung aufnahm. Sie war auch noch Bestandteil der Geschäftsordnungen, die in den konstituierenden Sitzungen des Landtags 1994 und 1998 unmittelbar vor der Wahl des Landtagspräsidenten bestätigt wurden. Dennoch ließ kein Landtagspräsident oder Landtagspräsidentin die Abgeordneten je einen Eid schwören oder bat sie zum Handschlag nach vorne. Die Verpflichtung verschwand 2001 stillschweigend im Zuge einer großen Geschäftsordnungsreform.

Als unkonventionell befand es Maier, als er vom designierten CDU-Fraktionsvorsitzenden Eckhardt Rehberg als Berater zur konstituierenden Sitzung der Fraktion eingeladen wurde, um gegebenenfalls zum Ablauf der konstituierenden Sitzung des Landtages Fragen zu beantworten. Maier wandte ein, es sei nach seiner Erfahrung nicht üblich, dass Verwaltungsmitarbeiter an Sitzungen von Fraktionen teilnahmen, außerdem sei er doch SPD-Mitglied. „Eckhardt Rehberg wischte damals die Vorbehalte vom Tisch.“ Maier nahm teil und musste vortragen. Er erwartete danach Einwände, Fragen, auch Kritik. „Die gab es aber nicht.“

Im Oktober und im November 1990 übte Maier das Amt des Landtagsdirektors aus. Er nahm natürlich auch an den Sitzungen des Ältestenrats teil, er bereitete die Tagesordnungen mit vor. Es war eine Zeit, in der die staatlichen Gewalten ihre Rolle noch finden mussten, so Maier. Einmal kam es zu einem klei-

nen Zwist mit einem Regierungsvertreter. Er warf Maier vor, die Tagesordnung des Landtages nicht mit ihm abgestimmt zu haben. „Ich habe klargestellt, dass dies nicht üblich sei. Das Parlament lege aus eigenem Recht seine Tagesordnung fest.“

Auch während einer Debatte über kommunale Finanzen demonstrierte der Landtag Ende November 1990 seine Souveränität. Es war Maiers letzter Arbeitstag in Schwerin. Weil Innenminister Georg Diederich (CDU) nicht alle Details parat hatte, die er dem Parlament mitteilen wollte, bat er Landtags-Vizepräsidentin Stefanie Wolf (FDP), einem Abteilungsleiter des Finanzministeriums das Wort zu erteilen. Als amtierender Direktor saß Maier hinter dem Präsidium. Er hatte gelernt, dass Beamte im Parlament „nichts zu sagen“ haben. „Ich habe mich zu Frau Wolf vorgebeugt und ihr gesagt, dass dies nach der Geschäftsordnung nicht gestattet sei.“ Stefanie Wolf teilte dies dem Plenum mit. Da kam der Abgeordnete Gottfried Timm (SPD) Diederich zu Hilfe und beantragte, mit Zweidrittel-Mehrheit die Geschäftsordnung für die aktuelle Situation außer Kraft zu setzen, um dem Beamten das Rederecht erteilen zu können. So wurde es gemacht. Friedhelm Maier aber fühlte sich unwohl. Nach der Sitzung bemerkte Timm gegenüber Maier, dass ihm das in Bonn wohl nicht passiert wäre. Maier: „Womit Timm natürlich Recht hatte. Auch das Parlament nahm souverän seine Rechte wahr.“

Friedhelm Maier lebt seit vielen Jahren am Stadtrand von Berlin. Obwohl er seine berufliche Laufbahn in Bonn begann, stand es für ihn außer Frage, dass Berlin Bundeshauptstadt werden musste. Schwerin war für ihn, wie er sagt, zeitlich nur ein kleiner Lebensabschnitt. Am 26. Oktober dieses Jahres aber, genau 30 Jahre nach der konstituierenden Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, besuchte er gemeinsam mit seiner Frau die Landeshauptstadt und das Schloss. Friedhelm Maier: „Schwerin erinnert mich immer wieder daran, dass ich an einer einmaligen Sache teilnehmen konnte und zu ihrem Gelingen beitragen durfte. Ein bisschen stolz bin ich auch darauf.“

Andreas Frost

## Chronologie 1990

**1. Dezember:** Die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident Alfred Gomolka (CDU) beherrscht die Schlagzeilen. Ziel seiner Regierung sei es, Mecklenburg-Vorpommern so voranzubringen, dass es 1995 einem Vergleich mit den alten Bundesländern standhalten kann.

**2. Dezember:** Aus der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl geht die CDU mit 44,3 Prozent als klarer Sieger hervor.

**5. Dezember:** Der Genossenschaftsverband informiert, dass die ostdeutschen Bauern auf das Geld für 500.000 Tonnen Kartoffeln warten, die sie in die Sowjetunion und nach Rumänien geliefert haben.

**9. Dezember:** Der Bürgerrechtler Lech Walesa wird zum Präsidenten Polens gewählt.

**10. Dezember:** In der Zentralen Aufnahmeestelle des Landes in Rostock treffen die ersten Asylbewerber ein.

**11. Dezember:** Mitarbeiter besetzten die Tore der Simson GmbH in Suhl. Das Werk, Ursprung des legendären Kleinkraftrads „Schwalbe“, hatte zuvor Konkurs angemeldet.

**15. Dezember:** Der letzte der vier Atommeiler des KKW Greifswald wird abgeschaltet.

**19. Dezember:** Die erste gesamtdeutsche Fußballnationalmannschaft schlägt die Schweiz mit 4:0. Mit im Kader: der in Malchin aufgewachsene Thomas Doll.

**20. Dezember:** Alterspräsident Willy Brandt (SPD) eröffnet im Berliner Reichstagsgebäude den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Sitz des Parlaments bleibt vorerst jedoch Bonn.

**25. Dezember:** Papst Johannes Paul II. mahnt in seiner Weihnachtsansprache, den vom Irak heraufbeschworenen Golfkonflikt friedlich zu lösen.



Der ehemalige Plenarsaal im 3. OG mit Blick Richtung ehemaligem Presse- und Besucherbereich.



Im 4. OG ist der Bereich der ehemaligen Fraktionsräume der SPD sowie der LINKEN komplett entkernt. Der Fußboden dieses Bereichs wird als Decke des ehemaligen Plenarsaals komplett entfernt und neu errichtet.

Fotos: Landtag MV

## Bau im Schloss

### Sanierung des Burgseeflügels

■ Nachdem der Bau des neuen Plenarsaals im Schlossgartenflügel abgeschlossen ist, konzentrieren sich die kommenden Bauvorhaben auf den Burgseeflügel. Hier ist der Bau von Tagungsräumen geplant. Der Bauantrag für den Ausbau des 3. bis 7. Obergeschosses im Burgseeflügel einschließlich Westturm und Vorräumen sowie WC-Anlagen im Bereich der Gastronomie im 2. Obergeschoss wurde im Juli 2020 eingereicht. Seit Ende September liegt die Baugenehmigung vor.



Der Bereich des Mittelrisalits im 7. OG.

Die Sondierungen im 6. und 7. Obergeschoss konnten nach dem Umzug der AfD-Fraktion in die Ausweichbüros in der Puschkinstraße 64 ausgeführt und abgeschlossen werden. Zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause 2020 erfolgte der Umzug der beiden Fraktionsräume und der Büros im 4. Obergeschoss im Burgseeflügel. Der anschließende Komplettrückbau ist abgeschlossen. Im Westturm im 4. Obergeschoss sind die Freilegungen überwiegend abgeschlossen. Im ehemaligen Plenarsaal im 3. Obergeschoss und im 4. Obergeschoss des Burgseeflügels laufen die Sanierungen und Ertüchtigungen der Mauerwerkspfeiler. Im 6. und 7. Obergeschoss haben die Mauerwerkssanierungen ebenfalls begonnen. Die Sondierungs- und Rückbauarbeiten wurden gemäß Lärmplan im laufenden Parlamentsbe-

trieb durchgeführt. Für die anstehenden Rückbauarbeiten im Bereich der Decke über dem 3. Obergeschoss und die Rohbauarbeiten im gesamten Baubereich sind Lärmproben vorgesehen, um eine Lärmübertragung auszuschließen. Vor dem Burgseeflügel wurde eine Baustelleneinrichtungsfläche zur Versorgung der Baustelle hergerichtet.

Der Rückbau der Füllungen in der Bestandsdecke ist ab Ende des 1. Quartals 2021 zum Abschluss der Ertüchtigung der Mauerwerkspfeiler geplant. Der feldweise Einbau der neuen Deckenfelder soll ab dem 2. Quartal 2021 bis zum Sommer 2021 erfolgen.

### 6. und 7. Obergeschoss

#### Ehemaliger Plenarsaal

Die Werk- und Montageplanung für den segmentweisen Austausch der Decke über dem 3. Obergeschoss (Ebene des ehemaligen Plenarsaals) wird vorbereitet. Der abschnittsweise Einbau von Stahlbetonstützen in die Mauerwerkspfeiler als Tragkonstruktion für die neue Decke erfolgt im 1. Quartal 2021.

Für die oberen Etagen werden derzeit die Ausführungsplanungen erstellt. Für den Bereich des hofseitigen Mittelrisalits im 6. Obergeschoss mit dem historischen Bodenbelag der Solnhofener Platten und der Steintreppe mit schmiedeeisernem Geländer, welches der Restaurator in die Bauphase 1948/49 einordnet, gibt es Pläne, die historischen Bauelemente mit moder-



Der stadtseitige Mittelrisalit im 7. OG.



Der hofseitige Mittelrisalit im 7. OG.



Fotos: Landtag MV

Um die Optik des Schlosses so wenig wie möglich zu beeinträchtigen, wurde während der Bauarbeiten das Gerüst von einer bedruckten Plane verdeckt.



An solchen Abhängekonstruktionen hängen die Decken vom 7. bis zum 3. OG im Burgsee Flügel.

ner Architektur zu kombinieren. Die Anordnung eines würfelförmigen modernen Baukörpers für die Teeküche mittig im offenen Bereich des Treppenraums würde einen adäquaten Umgang mit der historischen Substanz ermöglichen. Die Zuwegungen vom 4. Obergeschoss in die Besprechungs- und Bürobereiche im 6. Obergeschoss und in das 7. Obergeschoss würden betont, heller und aufgewertet werden. Der Erhalt und die Freistellung des historischen Treppenraumes werden herausgearbeitet.

Mit dem Rückbau der Einbauten im 7. Obergeschoss wurde das statische System der Abhängekonstruktionen der Decken vom Dach bis zum 3. Obergeschoss sichtbar. Diese Konstruktion ist im Schloss einmalig. In den unteren Geschossen müssen die Abhänger aufgrund von Brandschutzanforderungen komplett bekleidet werden. Im 7. Obergeschoss wird derzeit geprüft, inwieweit eine „offene“ Lösung mit sichtbarer Stahl-

konstruktion und Sichtbeziehungen in Richtung See sowie in Richtung Stadt möglich ist.

Nach derzeitigem Plan sollen das 6. und 7. Obergeschoss zum Beginn der neuen Legislaturperiode 2021 nutzbar sein. Das gesamte 3. und 4. Obergeschoss soll zum Ende der parlamentarischen Sommerpause 2022 fertiggestellt werden.

## Garderoben- und Toilettenanlage

Im Tiefkeller des Schlossgartenflügels ist der Bau einer Garderoben- und Toilettenanlage geplant. Hierfür erfolgten bislang der Einbau von Horizontalsperren, Abdichtungsarbeiten an den Gewölbedecken im Eingangsbereich des Gartenportals und der Einbau einer Lastverteilerplatte im Eingangsbereich des Museums. Außerdem wurden die Bohrpfähle für die Gründung der Sohlplatte gesetzt.

Im Bereich der Roten Marmortreppe soll das freigelegte Rondell rundherum begehen- und erlebbar gestaltet werden. Dort sowie auch unter dem linken Hauptportalurm ist eine Dusche mit WC vorgesehen. Auch ist im Bereich des Hauptportals eine Garderobe für die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung geplant.

## Instandsetzung Fassade Stadtportal

Von Mai 2020 bis zum Ende November 2020 wurde die Stadtportalfassade mit den Skulpturen und dem Reiterstand-

bild im Auftrag des SBL MV instandgesetzt. Ausgeführt wurden Bauunterhaltarbeiten an der Fassade, den Fenstern und den Skulpturen. Die Stadtportalfassade mit dem Reiterstandbild des Obotritenfürsten Niklot prägt die Ansicht des Schweriner Schlosses und ist ein beliebtes Fotomotiv für Einheimische und Touristen. Aufgrund der vielen positiven Rückmeldungen von Bewohnern und Besuchern der Stadt bei der Instandsetzung des Vorhofs und zur Baustelleneinrichtung am Gartenportal wurde die Gerüstplane wieder mit der repräsentativen Fassadenansicht bedruckt.

## Anleuchtung Schloss

Zurzeit wird der fünfte Teilbauabschnitt zur Lichtinszenierung des Schweriner Schlosses realisiert – die Anleuchtung der stadtseitigen Fassaden des Buggartenflügels, des Hauses über der Kirche und der Nordbastionswand. Mit der Realisierung der Maßnahme wird angestrebt, das nächtliche Erscheinungsbild des Schweriner Schlosses als bedeutendes Denkmal des Historismus aufzuwerten. Die elektrischen Vorinstallationen sind bereits erfolgt. Die Lieferung und Montage der Leuchten ist im Dezember 2020 vorgesehen, so dass die neue Anleuchtung noch vor Weihnachten in Betrieb genommen werden kann.



Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates haben sich am 30. November während einer Videokonferenz zu ihren Erfahrungen während der vergangenen Pandemie-Monate ausgetauscht. Im Mittelpunkt stand dabei, in welcher Weise die parlamentarischen Gremien jeweils in Entscheidungen der Exekutive eingebunden worden sind. Beraten wurde zudem, wie die Parlamente ihre Arbeitsfähigkeit sichergestellt haben. Landtagspräsidentin Birgit Hesse schilderte gemeinsam mit Landtagsdirektor Armin Tebben die Situation bezogen auf den Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

In stillem Gedenken hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse anlässlich des Volkstrauertages am 15. November in Dorf Mecklenburg am Denkmal für die Opfer der Weltkriege, einem Findling mit Namenstafel für die Gefallenen des Ersten und Gedenktafel für die Toten des Zweiten Weltkriegs, nahe der Kirche einen Kranz niedergelegt. Sie betonte, die Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft mahne uns, aus unserer Geschichte für die Gegenwart und die Zukunft zu lernen. „Der Volkstrauertag führt uns vor Augen, wie viel Leid entstehen kann, wenn wir wegschauen. Er lehrt uns, für Menschlichkeit, Frieden und Demokratie einzustehen.“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse.



Wir wünschen  
allen Leserinnen und Lesern  
ein besinnliches Weihnachtsfest.

